

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 8.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 17. bis 23. Februar 1911.

Posen, den 28. Februar 1911.

Aus der Provinz Posen.Aus Nr. 41 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. Februar 1911:**Die Interessen der Landwirtschaft und des Bürgertums.**

Die Angelegenheit der Getreidezölle ist vor allem eine wirtschaftliche; darum waren und sind wir der Meinung, daß in dieser Frage in erster Linie unseren sozialwirtschaftlichen Organisationen das Wort zusteht, als den Vertretern der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen sozialen Schichten und Berufe. Unter diesen Organisationen sollte es unter Mitbeteiligung von Vertretern der Presse als des Faktors, welcher unmittelbaren Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübt, zu einer Verständigung kommen, welche den maßgebenden Faktoren ermöglichen würde, einen gleichmäßigen Standpunkt einzunehmen, wie er mit den Interessen der Volksgemeinschaft als Ganzes übereinstimmt.

Wir meinen, daß einer solchen Verständigung nichts hindernd in dem Wege stehen wird, daß weder die politischen Organisationen, noch die Organe der öffentlichen Meinung werden etwas dagegen einzuwenden haben.

Wir sind um so mehr dieser Ansicht, als unsere Presse in dieser so schwierigen und verwickelten, und zugleich für unsere Volksgemeinschaft so bedeutungsvollen Sache sich im allgemeinen maßvoll und vorsichtig äußert, und sich keineswegs damit beeilt, ein endgültiges Urteil abzugeben. Daß dies so geschieht, ist, wie wir meinen, recht und billig. Man kann hier nämlich nicht vorschnell urteilen vielleicht unter Anlegung des Maßstabes allgemein aufgefaßter parteipolitischer Lösungen oder gar unter einseitigem Zurechnungziehen der Interessen dieser oder jener sozialen Sphäre.

Wir wiederholen, — es gilt in dieser Hinsicht das Interesse der Volksgemeinschaft als Ganzes im Auge zu haben. Ungeachtet dessen muß hervorgehoben werden, daß die Landwirtschaft treibende Volksschicht — der Großgrundbesitzer- und Bauernstand — bei dieser ganzen Sache vorzugsweise und unmittelbar interessiert ist. Zu welchen Schlüssen die Verständigungsaktion in dieser Sache der Agrarzölle auch gelangen möge, das unterliegt keinem Zweifel, daß man das Interesse der Allgemeinheit wird durch das Prisma der Interessen der Landwirtschaft betrachten müssen, und daß die übrigen Gesellschaftsschichten in erster Linie und unmittelbar Verständnis für die Interessen der Landwirtschaft

und dann erst für die Interessen der ganzen Volksgemeinschaft werden bekunden müssen.

An diesen Umstand muß man denken, und daran sollte besonders die Landwirtschaft denken und daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen. Wenn die übrigen Volksschichten das Interesse der Volksgemeinschaft gewissermaßen durch das Prisma der Interessen der Landwirtschaft betrachten, und wenn sie für diese Interessen Verständnis bekunden sollen, so sollte der Stand der Landwirte offenbar dafür Vergeltung üben und bei anderen Umständen aktiv Verständnis für die Interessen eben dieser anderen Schichten der Volksgemeinschaft bekunden.

Wenn wir der Untersuchung unterbreiten, wie die Sache bei uns bisher gehandhabt wird, so werden wir bestimmt zu dem Resultat kommen, daß diese Sache keineswegs aufs beste aussieht. Um gleich die erste zur Hand liegende Sache aufzugreifen, die besonders im letzten Jahre die Diskussion in Anspruch genommen hat — nämlich die sogenannten *Volksläden* auf den Dörfern —, so müssen wir offen bekennen, daß eine gewisse Gruppe von Landwirten dabei allzu einseitig verfährt. Wir sind keineswegs Anhänger der Anschauung, daß man in Sachen der Volksläden auf den Dörfern einzig vom Gesichtspunkt des Kaufmannsstandes aus und generell entscheiden müsse, — im Gegenteil, wir geben zu, daß in manchen Ortschaften Volksläden sogar erwünscht sind, andererseits müssen wir aber Bervahrung einlegen gegen das geradezu schematische Gründen solcher Läden, wie dies von gewisser Seite her geschieht. Wir meinen, daß man bei der Gründung von Volksläden vorsichtiger verfahren muß, als wie dies bisher geschah, und daß man die lokalen Verhältnisse gewissenhaft untersuchen muß. Wenn der Landwirt den Anspruch erhebt, daß gegebenenfalls der Kaufmannsstand für seine — des Landwirts — Interessen z. B. bei den Getreidezöllen Verständnis bekunde, so kann er doch in dem speziellen Fall nicht denselben Kaufmannsstand überaus empfindlichen und schmerzlichen Verlusten aussetzen. Wer an den Versammlungen und Zusammenkünften der Kaufmannschaft teilgenommen hat, in denen diese Sache besprochen wurde, der sieht vorzüglich, wie unnötig diese Sache erbittert und für die Zukunft die Verständigungsaktion erschwert. Das sind keineswegs grundlose Lamentationen; man trat nämlich mit unwiderlegbaren Beweisen in der Hand auf.

Diese Beweise sind um so unangenehmer, als sie nicht nur die Kaufleute einer bestimmten begrenzten Gegend betreffen, sondern in sehr hohem Maße die Allgemeinheit des Kaufmannsstandes. Wenn nämlich — um bei dem Beispiel der Volksläden zu bleiben — diese Läden bei ihren Kollektiveinkäufen

ohne gerechten Grund die polnische Kaufmannschaft und das polnische Gewerbe meiden, dann kann man sich nicht darüber wundern, daß eine absolut unerwünschte Erbitterung wach wird. Gerade auf dem Gebiet der Unterstützung der Landsleute sollte die Landwirtschaft nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, sondern sogar im eigenen Interesse ihr Verhalten einer ernstlichen Revision unterziehen. Die Klagen nach dieser Richtung hin sind nicht selten und leider gerechtfertigt.

Wenn ferner in der Stadt zu finanziellen Aktionen geschritten wird, die weniger das städtische als das allgemeine Interesse im Auge haben, so stößt man in dieser Hinsicht leider auf einen Mangel an Verständnis und Gefühl auf Seiten unseres Landwirtschaftsstandes. Es wird z. B. ein Industriezweig ins Leben gerufen, der bei uns Existenzberechtigung und gesicherten Erfolg hat. Wenn eine solche Aktion von Fachleuten wohl erwogen und gehörig vorbereitet worden ist, so stößt das rechtzeitige Zustandekommen auf Schwierigkeiten in der Hinsicht, daß man in Bürgerkreisen hinlängliche Kapitalien nicht finden kann und auf Seiten der Grundbesitzer fast gar keine Unterstützung findet. Wir heben dabei hervor, daß es sich in diesen Fällen keineswegs um irgendwelche riskante Unternehmen handelt, welche ein schwerwiegendes und hohes finanzielles Sich-engagieren erheischen, sondern daß es sich hier um ein kleines Risiko und nur bis zu sehr mäßigen Höhen handelt, die im allgemeinen einige hundert Mark nicht übersteigen.

Viele zaudern, einige hundert Mark in ein Unternehmen hineinzulegen, von welchem die Allgemeinheit Nutzen haben würde und welches uns in unserer wirtschaftlichen Entwicklung vorwärtsbringen soll. Während dessen liegen ungeheure Summen dieser Kapitalien unproduktiv in vielen Fällen in fremden Banken zu einem niedrigen Zinsfuß. Das ist gleichfalls ein Übel, an dessen Ausrottung nachdrücklich zu arbeiten ist, wenn man nicht gerechtfertigte Vorwürfe und Ansprüche hervorrufen will.

Wir sind der Meinung, daß auf diese Sache, wenn auch nur beiläufig, aufmerksam gemacht werden mußte. Man muß doch die Sache klarstellen beim Hinweis auf unsere sozialen Gebrechen und bei der Bestimmung dessen, was eine Verständigung in Angelegenheiten erschwert, welche einträchtig zu erledigen wären. Ein Vertiefen des Verständnisses für die Interessen der einzelnen Gesellschaftsschichten, ein gegenseitiges Eindringen in die Lage und in die Bestrebungen und natürlich das Anwenden der entsprechenden Schlüsse in der Praxis — das wird die Bedingungen für die Harmonie schaffen, deren Erzeugung besonders in unserer Lage so sehr angezeigt ist.

Aus Nr. 38 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 16. Februar 1911:

Eine Polendebatte im Landtag. Die Regierung und die Hafatisten.

Der Abgeordnete v. Trompeczynski hat in der gestrigen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses eine Rede gehalten, die in einer flammenden Anklage gegen die Tätigkeit des Ostmarkenvereins gipfelte, welche die ganze politische Atmosphäre vergiftet. In nachdrücklichen Worten charakterisierte unser Abgeordneter, der, trotzdem er erst seit kurzem das Mandat inne hat, eine sehr rege Abgeordnetentätigkeit entfaltet, die Hezarde der Hafatisten in unseren Landesteilen. Wie Maulwürfe unterminieren sie das ganze Gebiet des öffentlichen Lebens, verbreiten sie Furcht und Schrecken und tragen sie sogar in die privaten Ver-

hältnisse das ätzende Gift des politischen Denunziantentums hinein.

Niemand ist vor ihnen sicher. Kein Beamter vom Oberpräsidenten bis zum Lehrer, Gendarmen und Nachtwächter kann frei atmen. Von überall her lauern auf ihn eifrige Diener des hafatistischen Konvents, und wehe ihm, wenn er es wagt, seine eigene Überzeugung zu haben, wenn er sich erdreistet, so zu handeln, wie Gewissen und Pflicht es ihm gebieten. Der Hafatismus hat 1000 Wege, um dem Dreisten das unmöglich zu machen, und er schreckt gegebenenfalls vor keinem Extrem zurück, um jeden zu beseitigen, der ihm im Wege steht.

Darum neigen sich alle vor dem hafatistischen Moloch. Die Regierungspräsidenten, die Gerichtsdirektoren, die Geheimen Räte, die Vertreter der höchsten Beamtenkategorien, die im übrigen bei jeder anderen Gelegenheit mit wahrhaft preußischer Stolz das Haupt erheben, sie beugen demütig den Nacken, wenn sie vor die hafatistischen Größen treten. Und bei allen Paraden des Ostmarkenvereins, bei allen Kongressen und Versammlungen müssen die Würdenträger jeder Art, par ordre de Mouphti persönlich assistieren, um Ihrer hafatistischen Gnaden, der Erzherrschaft von den drei Buchstaben Relief zu verleihen.

Der Abg. v. Trompeczynski hat die ganze Unwürdigkeit einer solchen Abhängigkeit der Staatsbeamten von dieser pseudopatriotischen Clique mit so beredten Worten dargestellt, daß es scheinen mußte, daß das Antlitz des Ministers des Innern, an dessen Adresse sie gerichtet waren, in Schamröte erglühen werde. Aber es zeigte sich, daß auch die Minister sich von den Einflüssen dieser politischen Kamarilla, die schlimmer ist, als alle Hofkamarillen, nicht frei machen können. Auch Herr v. Dallwitz machte vor dem Geflüster, den die Hafatisten aufgesteckt haben, eine tiefe Verbeugung, der Minister hat augenscheinlich die demütigende Küge vergessen, welche ihm und der ganzen Regierung der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins anlässlich der Nichtanwendung der Enteignung erteilt hat. Oder vielleicht wollte er den Zorn der Hafatisten aus Anlaß dessen erweichen? Der Minister hält es für ganz in der Ordnung, daß die Staatsbeamten, deren Pflicht es ist, allen Bürgern gegenüber unparteiisch Gerechtigkeit zu üben, an der Hezarde der Hafatisten sich beteiligen. Das kommt fast einer Abdankung der Regierung vor der hafatistischen Nebenregierung gleich.

Herr v. Dallwitz hat eine antipolnische Rede gehalten, welche bezüglich dessen keine Zweifel bestehen läßt, daß das bisherige System — auch ohne die augenblickliche Anwendung der Enteignung — weiter fortgesetzt werden soll. Für dieses offene Bekenntnis haben wir dem Herrn Minister dankbar zu sein. Es wird uns unsere politische Orientierung erleichtern und wohl die letzten Täuschungen verwehen, die vielleicht hier und da noch spucken.

Aus Nr. 39 des Postep (Posen)
vom 17. Februar 1911:

Abgeordnetenandidaten.

G n e j e n, im Februar 1911

Der bisherige Abgeordnete für den Wahlbezirk Gnesen—Wittkowo—Wongrowitz, Herr L. von Grabski, hat entschieden erklärt, nicht weiter Abgeordneter sein zu wollen. Daher steht bei uns die Wahl eines Kandidaten für das Reichstags-Abgeordnetenmandat auf der Tagesordnung. Es fehlt nicht an Kandidaten

davon können die Vorjüngenden des Kreiskomitees ein Lied singen. Sie erhalten nämlich, wenn nicht hunderte, so doch dutzende von Briefen von verschiedenen adligen, demokratischen, alten und jungen Kandidaten.

In einem vertraulichen Kreise in Gnesen wurde über diese Angelegenheit beraten. Bisher sind folgende Kandidaturen ins Auge gefaßt worden: An erster Stelle stellte man den Rechtsanwalt Herrn Karpinski aus Gnesen auf, der zweifelsohne die Abgeordnetenwürde erlangen möchte, wenn er dies hätte haben wollen oder vielmehr können — es geht hier nämlich um seine Rechtsanwaltspraxis. Herr Karpinski hat sich große Verdienste um die nationale Sache erworben, er ist dabei auch ein vorzüglicher Redner, besitzt Achtung und Vertrauen, besonders bei den Bauern, die bei uns bei der Abgeordnetenwahl entschieden, da es im Kreise Gnesen kaum so viel größere Gutsbesitzer gibt als Finger an einer Hand.

Ein zweiter, sehr sympathischer Kandidat ist der Geistliche Trzinski, jetzt Waskowo bei Koschmin, früher Professor am Priesterseminar in Gnesen. Trzinski trat immer als eifriger Patriot auf, daher auch wurde er gezwungen, sein Amt niederzulegen. Leider! Geistlicher Trzinski erklärte, daß er die Abgeordnetenwürde aus Gründen, die von ihm unabhängig sind, nicht annehmen werde.

Der dritte ernsthafteste Kandidat ist Herr Boleslaus Kasprovicz, der bekannte Besitzer der Löffelfabrik, deren Erzeugnisse nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, Belgien, ja sogar in Amerika und Indien geschätzt werden. Diese Kandidatur unterstützen vor allen Dingen Handwerker, Kaufleute, Bauern und die Geistlichkeit, weil Herr Kasprovicz nicht ein Ramenz, sondern ein Tatkatholik ist. Dabei will ich bemerken, daß ein Kandidat von zweifelhaften, religiösen Überzeugungen bei uns nicht siegen würde.

Herr Kasprovicz würde — es kann sein — keinen vorzüglichen parlamentarischen Redner abgeben, dafür ist er ein vorzüglicher Kenner der kaufmännischen, industriellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Aus diesem letzten Grunde wäre er eine willkommene Kraft in den Landtagskommissionen. Eine meiner Meinung nach wichtige Eigenschaft besitzt Herr Kasprovicz, nämlich die, daß er ein eigenes Vermögen sich erworben hat und in seiner Fabrik gegen 30 Landsleuten vorteilhafte Beschäftigung bietet. Er ist überhaupt ein vorbildlicher Bürger, was man von allen Landtags- und Reichstagsabgeordneten der polnischen Fraktion nicht behaupten kann. Es ist bekannt, daß dort Leute sitzen, die mit Juden fraternisieren und statt im Lande zu wohnen, sich im Auslande ansiedeln. Herr Kasprovicz würde also sehr gut zum Abgeordneten passen, und es sind Aussichten vorhanden, daß er die Abgeordnetenwürde nicht ausschlagen würde. Außerdem halte ich es für meine journalistische Pflicht, auch die andern Kandidaten aufzuzählen. Es sind dies die Herren: Graf Zoltowski aus Niechanowo, der vom Kreise Witkowo unterstützt wird, Kiedrowski aus Myjzki und Chociszewski aus Gnesen. Gegen den Grafen Zoltowski erheben sich ernste Vorwürfe, daß er statt sich im Großherzogtum anzukaufen, Güter in Schlesien kaufte. Ebenso kann ihm nicht vergessen werden, daß er das Gut Dalki nicht kaufte, welches dann die Bank Ziemski verloren machte, indem sie es einem unsicheren Käufer verkaufte. Dieser verdiente daran in kurzer Zeit 30 000 Mark (den schönen Wald verkaufte er Juden) und verzog nach Westpreußen. Es kann sein, daß der jetzige Besitzer Niechanows nicht schuld am Kauf der Güter in Schlesien und in der Dalkaer Angelegenheit ist, in jedem Falle trifft dieser Vorwurf den früheren Besitzer — geht sozusagen vom Vater auf den Sohn über.

Herr Kiedrowski aus Myjzki ist ein eifriger Bürger und hätte Aussichten, Abgeordneter zu werden. Doch was tut er? Er überträgt den Bau einer Scheune einem Deutschen aus Berlin, was in der heutigen Zeit fast eine nationale Sünde bedeutet. Diese Handlungsweise wurde Herrn K. in der letzten Wählerversammlung in Gnesen vorgehalten. Herr K. konnte sich von diesem Vorwurf nicht reinigen; denn die Behauptung, daß jener Deutsche aus Berlin für eine gewisse Art von Scheunen ein Patent besitze, kann doch keinen überzeugen, daß man diesen Deutschen auch notwendigerweise unterstützen müsse.

Es bleibt also noch Herr Josef Chociszewski übrig, dessen Kandidatur Herr Karpinski unterstützt. Es ist wahr, daß Herr Chociszewski in Westfalen und überhaupt in der Fremde im Jahre 1907 etwa 33 000 polnische Stimmen erhielt, aber von seiner Wahl zum Abgeordneten konnte keine Rede sein. Dasselbe kann man auch von Gnesen sagen. Ernsthaft wird auch diese Kandidatur von niemandem unterstützt. Die meisten Aussichten zum Abgeordneten hat bisher Herr Kasprovicz. Mit dieser Kandidatur werden auch wohl alle, die den Sieg der nationalen Sache wünschen, einverstanden sein.

Aus Nr. 41 des Lech (Gnesen)
vom 19. Februar 1911:

Abgeordneten kandidaturen im Wahlbezirk Gnesen-Wongrowitz-Breschen.

In der Freitagnummer des Postemp veröffentlicht jemand, dessen Namen unschwer zu erraten ist, einen Artikel, der angeblich die auf diesen Kreis reflektierenden Abgeordneten kandidaten bespricht, im Grunde aber Propaganda für die Kandidatur des Herrn B. Kasprovicz aus Gnesen macht. Der Korrespondent schreibt u. a.: „Der dritte ernsthafteste Kandidat ist Herr Boleslaus Kasprovicz, der bekannte Besitzer der Löffelfabrik, deren Erzeugnisse nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, Belgien, ja sogar in Amerika und Indien geschätzt werden. Diese Kandidatur unterstützen vor allen Dingen Handwerker, Kaufleute, Bauern und die Geistlichkeit, weil Herr Kasprovicz nicht ein Ramenz, sondern ein Tatkatholik ist.“

Seine Lobrede auf Herrn Kasprovicz endet der Korrespondent mit den Worten: „Die meisten Aussichten zum Abgeordneten hat bisher Herr Kasprovicz. Mit dieser Kandidatur werden auch wohl alle, die den Sieg der nationalen Sache wünschen, einverstanden sein.“

Vor allen Dingen muß festgestellt werden, daß der Korrespondent des Postemp direkt die Unwahrheit schreibt und bestrebt ist, die öffentliche Meinung irre zu führen. Die Kandidatur des Herrn Kasprovicz kann bisher nicht die größten Aussichten haben, weil der Korrespondent des Postemp als erster mit ihr auftrat und sie zu lancieren versucht. Bisher hat noch niemand im Ernst an die Kandidatur des Herrn Kasprovicz gedacht. Wir wissen es auch nicht, ob jene Korrespondenz im Postemp mit Wissen und Willen des Herrn Kasprovicz erschienen ist. Sollte dies der Fall sein, so würden wir uns um so mehr darüber wundern, da Herr Kasprovicz privatim erklärt hat, daß er eine Kandidatur niemals annehmen würde, — und trotzdem sollte Herr K. Werkzeuge suchen, die seine Kandidatur lancieren würden? — Herr K. hat also nicht den Mut, offen mit seiner Kandidatur aufzutreten?

Was die Sache selbst anbetrifft, so müssen wir bemerken, daß wir Herrn Kasprovicz als klugen und gewandten und mit einer ungewöhnlichen Energie begabten Industriellen und Kaufmann, der mit eigener

Kraft sich ein bedeutendes Vermögen erworben hat, hoch schätzen. Wir sprechen ihm auch eine gewisse Kenntnis unsrer wirtschaftlichen Lage keineswegs ab. Wenn wir trotz alledem seine Kandidatur nicht unterstützen werden, so tun wir das deswegen, weil Herr Kasprowicz in politischer Hinsicht noch ein unbeschriebenes Blatt ist. Bis vor kurzem noch war Herr Kasprowicz ausschließlich mit seinem Unternehmen und Bereichern beschäftigt, er hatte also keine Zeit, sich mit sozialen, umso weniger mit politischen Angelegenheiten intensiver zu befassen; von seiner „politischen Reise“ zeigt, wenn auch nur äußerlich so geringfügige Tatsache, daß noch vor einigen Jahren Herr K. am Tage des Geburtstages des Kaisers Vichiel gebrannt hat.

Angeichts dieses vollständigen Mangels an politischer Schulung könnte Herr K. als Abgeordneter leicht ein Opfer derjenigen in der Fraktion werden, die bemüht sind, die Fraktion vor den Wegen der politischen Arbeit, d. h. der Regierungspolitik in neuer Auflage zu spannen. Wer Abgeordneter werden will, der muß außer allen bürgerlichen Tugenden vor allen Dingen eine befestigte politische Anschauung besitzen. Das ist — *conditio sine qua non* — eine Bedingung, ohne welche es eine Abgeordnetenandidatur nicht geben kann. Diese Bedingung sehen wir aber in Herrn K. nicht erfüllt, daher entspricht das Vorschreiben dieser Kandidatur nicht unseren Wünschen.

Aus Nr. 4 des Kupiec (Posen)

vom 16. Februar 1911:

In Sachen eines Abgeordneten aus kaufmännisch-industriellen Kreisen:

Geehrte Redaktion!

In der letzten Nummer des Kupiec finde ich einen Artikel über die Wahl eines Abgeordneten aus den kaufmännisch-industriellen Kreisen. Es handelt sich um eine Sache von weitgehender Bedeutung, und es ist in der Tat wert, sie näher zu betrachten. Wenn es das Volk möglich gemacht hat, seinen Kandidaten durchzubringen, dann stellt sich die Kaufmannschaft und die Industrie ein Armutzeugnis aus, daß sie bis jetzt nicht imstande war, einen Vertreter aus ihrer Mitte zu wählen, einen Vertreter, der mit dem kaufmännischen Leben vertraut, imstande wäre, die Interessen seines Standes zu wahren. Die Politik der patriotischen Phrasen ist dahin! Unsere Gesamtheit hat schließlich begriffen, daß der materielle Wohlstand unsere Grundlage ist. Wer wird unser Emporkommen besser abschätzen, wer wird unsere Interessen besser vertreten können, als ein Kaufmann, ein Industrieller, dessen Interessen mit denen der Allgemeinheit des Kaufmannstandes die gleichen sind!

Es würde sich nur um die Person des Kandidaten handeln.

In dieser Beziehung müssen wir ruhig überlegen und einer solchen Person das Vertrauen schenken, die lange Jahre beruflich tätig ist, dessen Kenntnis der kaufmännisch-industriellen Verhältnisse sich nicht nur auf die lokale Erfahrung stützt, sondern das Ergebnis von Studien und intensiver, erfolgreicher Arbeit gerade nach dieser Richtung hin ist. Unser Augenmerk richtet sich unwillkürlich auf Herrn Kasprowicz in Gnesen. Wir kennen seinen eisernen Willen, wir kennen ihn als einen Menschen, der die Bedeutung des polnischen Kaufmannstandes und der polnischen Industrie gehoben hat und grundsätzlich nach der weiteren Hebung unseres Gesichtskreises strebt.

Ich empfehle diese wenigen Betrachtungen der Erwägung der geehrten Leser in der Meinung, daß sie

allgemeine Zustimmung finden werden. Ehre dem Kaufmannstande!

Von der Redaktion: Wir bitten die geehrten Leser, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen und sich in diese wichtige Frage zu vertiefen.

Aus Nr. 43 des Oredownik (Posen)

vom 22. Februar 1911:

Aus der polnischen Berufsvereinigung.

Die erste Generalversammlung der Abteilung für Handwerker und Fabrikarbeiter der polnischen Berufsvereinigung, fand am Sonntag und zwar im Saale des katholischen Vereinshauses statt.

Die Beratungen begannen am Sonntag um $\frac{3}{4}$ 12 Uhr mittags. Eröffnet wurde die Versammlung von dem Abteilungsvorsitzenden Abgeordneten Nowicki, der nach Begrüßung der erschienenen Delegierten, der Vertreter des Zentralvorstandes und des anwesenden Abgeordneten Brejski in seiner Eröffnungsansprache hervorhebt, die Delegierten seien dazu zusammengekommen, um über die Entwicklung der Vereinigung zu beraten.

Als Vertreter des Zentralvorstandes waren erschienen die Herren Sosinski und Rymer aus Bochum, den Aufsichtsrat vertrat Herr Grzeskowiak aus Steele im Rheinland, die Bergarbeiterabteilung Herr Janowski aus Bochum und die obererschlesische Bergarbeiterabteilung Herr Przybyla aus Königshütte.

Der Abgeordnete Brejski hebt in Beantwortung der begrüßenden Worte des Abgeordneten Nowicki hervor, die Arbeiterbewegung werde heute sehr aufmerksam verfolgt. Die polnische Berufsvereinigung sei eine der wichtigsten Organisationen in unsrer Volksgemeinschaft. Sie sei unpolitisch und leiste der Nation und der Kirche große Dienste. Die Volksgemeinschaft wisse das Streben der Berufsvereinigung auch anzuerkennen. Wenngleich Redner die polnische Fraktion auch nicht offiziell hier vertrete, so könne er doch versichern, daß die Fraktion sich für die Arbeiterfrage lebhaft interessiere.

Nach den Begrüßungsansprachen berichtete der Abgeordnete Nowicki im Namen des Vorstandes über die Tätigkeit der Abteilung, wobei er zugleich einen Überblick über deren gegenwärtige Lage bot. Früher habe man von verschiedenen Seiten her die Existenz der polnischen Organisation geradezu zu untergraben gesucht oder nicht geglaubt, daß sie sich aus eigenen Kräften erhalten könne; doch hätten sich die Befürchtungen und das Mißtrauen als müßig erwiesen. Die Zahl der Mitglieder der Abteilung sei auf über 8000 angewachsen. Im Großherzogtum zähle die Abteilung 6000, in der Fremde 2000 Mitglieder. Diese Statistik sei jedoch nicht genau, denn einige Filialen hätten den Bericht noch nicht eingesandt. In Handwerkerkreisen gehörten im Großherzogtum der Abteilung 2000, an Arbeitern 4000 an. Die Handwerkerabteilung entwickelte sich zwar langsam, aber stetig.

In der Diskussion über den Bericht ergriffen das Wort die Delegierten Rogatka-Hohenfalsa, Malolepszy-Posen, Zelachowski-Berlin und andere.

Sodann erstattete der Schriftführer des Vorstandes Herr Follenher Bericht über den Rechtsschutz. In der Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 19. Februar 1909 sind insgesamt 592 schriftliche Angelegenheiten erledigt worden, und zwar gerichtliche Klagen 93, Beschwerden beim Gewerbegericht 89, Steuerreklamationen 47, Anträge an die Polizei 39 usw. Außerdem ist — manchmal auch an Nichtmitglieder — mündlich Rechtsbelehrung erteilt worden.

Der Delegierte, zugleich Vorstandsmitglied für Berlin und Umgegend erstattete Bericht über die Vertretung vor dem Hauptversicherungsamt in Berlin. Im Ganzen sind 246 Versicherungsfachen vorgelegt; worden davon wurden 27 mit vollem, 4 mit teilweisem Erfolge durchgeführt.

Aus dem Bericht des Delegierten für Westpreußen entnehmen wir die nachstehenden Einzelheiten. Anträge an das Gewerbegericht sind sechs, Reklamationen zehn, außerdem noch einige andere Angelegenheiten zum Wohle der Mitglieder erledigt worden.

Nach erschöpfender Diskussion legt Herr Fölleher den Bericht über die Tarifbewegung vom 8. Mai 1909 bis 19. Februar 1911 vor. Im Ganzen sind 41 Tarifangelegenheiten durchgeführt worden. Erhöhung der Löhne ist in 40 Fällen erreicht worden. In einer großen Ziegelei haben sich die Arbeitslöhne infolge Tarifabschlusses um 20000 M. jährlich gegen früher gehoben. Nur in einem einzigen Falle hat die Erwerbsbewegung keinen Vorteil gebracht. Im Durchschnitt hat sich der Arbeitsverdienst um 1 bis 5 Pfennig und der Akkordlohn von 5 bis 15 Prozent gehoben.

Über den Bezirk Bremen erstattete Herr Grzescaß Bericht. Der Berichterstatter hebt u. a. hervor, bei dem Bau von Docks würden zum größten Teil ausländische, weil billigere Arbeiter, beschäftigt. Redner wendet sich an die Abgeordneten mit der Bitte, diese Sache im Reichstage zur Sprache zu bringen und von der Regierung zu verlangen, daß derartige Arbeiten nur von solchen Unternehmern ausgeführt werden sollten, welche inländische Arbeiter beschäftigen.

Über die Arbeit in Oberschlesien bot Herr Maszko einen Überblick. Redner hebt hervor, daß in Schlesien die Polizei der Berufsvereinigung große Schwierigkeiten bereite. Redner selbst habe im letzten Jahre in Verbandsangelegenheiten sieben Konflikte mit der Polizei gehabt. Selbst dann, wenn infolge Mangels von Sälen die Versammlungen außerhalb der preußischen Grenze stattfänden, mache die Polizei auch dort Schwierigkeiten und sie beobachte sorgfältig die polnische Erwerbsbewegung.

Nach einer Ansprache des Herrn Grzesiaß, welche auf die Zuhörer großen Eindruck machte, verlas der Vorsitzende Nowicki die eingesandten Telegramme der Abteilung der Bergleute in Dortmund, der Abteilung der Hüttenarbeiter in Oberhausen, ferner von den Brüdern in Köln, Halle und Rixdorf.

Gestern, am Montag, wurde von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends mit einer anderthalbstündigen Mittagspause beraten. Zunächst erstattete Herr Trzebniaß den Kassenbericht. Demzufolge betrugen die Einnahmen der Abteilung vom 1. Oktober 1909 bis 28. Februar 1910 insgesamt 9236,22 M., die Ausgaben 4695,09 M., vom 1. März 1910 bis 19. Februar 1911 die Einnahmen 82719,64 M., die Ausgaben 58032,18 M. An den Zentralvorstand wurden 22421,05 M. abgesandt und in der Abteilungskasse verblieben über 2000 M.

Nachdem der Bericht des Kassierers erledigt war, beschloß man, daß eine zu diesem Zwecke gewählte Kommission nebst dem Vorstand den neuen Satzungsentwurf für die Bauhandwerker ausarbeiten solle. Dann wurden die eingesandten Anträge erörtert.

In den Vorstand wurden gewählt: Zum Vorsitzenden der Abgeordnete Nowicki, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Szczodrowski aus Krotoschin, zum Schriftführer Herr Fölleher, zum Schatzmeister Herr Trzebniaß, zum Vertreter Herr Korcz. Zu Revisoren der Hauptkasse der Abteilung wählte man die Herren Kujawa und Fortuniaß aus Posen, sowie Herrn Andreas Rubiaß aus Schroda.

Schließlich verabschiedete sich der Leiter des Berliner Bureaus, Herr Adam Piotrowski, der von seiner Stellung zurücktritt, mit herzlichen Worten von den Delegierten, indem er versprach, die Berufsvereinigung auch weiterhin zu unterstützen. Dann schloß der Vorsitzende die Beratungen mit dem altpolnischen katholischen Gruß.

Aus Nr. 41 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. Februar 1911:

Von der Bank Wloscianski. (Bauernbank.)

Eine außerordentliche Generalversammlung der Bank Wloscianski in Posen hat gestern nachmittag um 5 Uhr stattgefunden. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Grafen Mieczyslaus Kwilecki-Dporowo, referierte der Direktor der Bank, Herr Dr. Honcia, über die Erhöhung des Anlagekapitals von 600000 Mk. auf 1½ Millionen Mk. Alle neuen Aktien übernimmt ein Konjortium, welches verpflichtet ist, den bisherigen Aktionären 660000 Mk. Aktien zum Kurse von 105 anzubieten und den Rest zur öffentlichen Subskription durch Vermittelung der Bank Wloscianski zum Kurse von 130 auszuliegen. Es entfällt somit auf drei Aktien zu 300 Mk. das Recht, eine Aktie zu 1000 Mk. zum Preise von 1050 Mk. zu kaufen. Da die Generalversammlung nicht zuständig war, Beschlüsse zu fassen wegen unzulänglich vertretenen Kapitals, wird am 13. März 5 Uhr nachmittags, eine zweite Generalversammlung stattfinden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden rechtsgültig sein wird.

Wir bemerken, daß die Bank Wloscianski für das Jahr 1910 die Auszahlung einer Dividende von 10% bei bedeutender Dotierung der Reservefonds vorschlägt.

Die Emissionsbedingungen werden später veröffentlicht werden. Interessenten können sich schon jetzt in Sache der Zeichnung neuer Aktien bei der Bank melden.

Aus Nr. 41 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. Februar 1911:

Unter der Spitzmarke „Bedrohter Boden“ haben wir in Nr. 35 an der Hand des Postemp unter der Rubrik „Unsre Angelegenheiten“ die Mitteilung gebracht, das Gut Pniewy bei Gonsawa sei bedroht. Indes kam heut der Besitzer von Pniewy, Herr Boleslaus Kierski in unsere Redaktion, und er versicherte uns feierlich, an jener Zuschrift sei kein wahres Wort. Im Gegenteil, als er, Kierski, vorher das Gut Krzyzanna im Kreise Mogilno besessen habe, da habe man ihm von fremder Seite her überaus günstige Angebote gemacht, er habe es jedoch vorgezogen, Krzyzanna zu einem bedeutend niedrigeren Preise in sichere Hände zu geben.

Anfänglich dessen kann die Volksgemeinschaft, wie Herr Kierski versichert, betreffs Pniewy ganz unbesorgt sein.

Aus Nr. 39 des Loch (Gnefen)
vom 17. Februar 1911:

Über die Verhältnisse in Kröben

haben wir eine ausführliche Korrespondenz erhalten, die wir nach Vornahme gewisser Abänderungen nachstehend bringen:

Kröben, den 14. Februar 1911.

Nach dem Programm gewisser Usurpatoren und Führer dürfte niemand wissen, was bei uns geschieht, alles müßte strengstens verschwiegen werden, um desto bequemer Unheil stiften zu können. Wehe dem Frechling, der sich erheben würde, die Wahrheit über die hiesigen Verhältnisse den Zeitungen mitzuteilen. Es triumphiert also der schön glatt gelenkte Bigottismus, der auf den Lippen Ekelunischuld hat, und sein Vergnügen, seine Tugend und sein Verdienst darin sieht, jenen zu schaden, mit denen die vorstehend erwähnten Elemente in moralischer und intellektueller Hinsicht keinen Vergleich auszuhalten vermögen. Daß die Herrschaft einer derartigen Gesellschaft nicht nur einzelnen Personen, sondern auch der ganzen Volksgesamtheit Schaden bringt, das zu erwähnen dürfte überflüssig sein.

Noch heute ist uns das Verhalten gewisser Leute lebhaft in Erinnerung, die gelegentlich des Todes eines höchst verdienten Bürgers, eines wahren Polen und Katholiken, ein lärmendes Trinkgelage veranstalteten, während dessen der Vorstorbene gelästert wurde und man sich freute und fröhlich darüber war, daß ihnen dieser aus dem Wege geschafft war, dessen Devise lautete: „Die Aufklärung verbreiten, zum Besten der Allgemeinheit und unseres Städtchens selbstlos arbeiten, die Wahrheit sprechen, nicht gestatten, Unaufgeklärte zu mißhandeln und zu bestehlen.“ Dieses ekelhafte und schändliche Verhalten charakterisiert, wenn es auch bisher verschwiegen wurde, genügend die Handlungsweise dieser Halunken. Mit dem Wachsen der Stadt Gostyn ist Kröben, die frühere Kreisstadt, in die Reihe der Städtchen getreten, die sich nicht viel von einem größeren Dorf unterscheiden. Alles das, was jetzt Gostyn besitzt, hätte seiner Zeit das im Zentrum des Kreises belegene Kröben erreichen können, aber dies verhinderte das ominöse Schicksal, das schon längst über Kröben schwebte, und zwar dank der verkappten Faktoren, die nicht das allgemeine Wohl im Auge hatten, sondern nur ihr eigenes. Und heute ist es leider nicht besser. Unser Städtchen zählt nach der letzten Volkszählung 2386 Einwohner, darunter 2204 Katholiken, 157 Evangelische, 241 Deutsche, 2145 Polen, 25 Juden, die man, wie überall, so auch bei uns, den Deutschen zugählt.

Nach der Städteordnung müßte Kröben, das 2386 Einwohner zählt und die festgesetzten Steuern zahlt, nicht wie bisher 6, sondern mindestens 9 Stadtverordnete haben, deren Unterhaltung der Stadt doch nichts kostet. Die ländlichen Gemeinden haben einen aus 12 Mitgliedern bestehenden Gemeinderat. Kröben hat es augenscheinlich nicht nötig, aus den ihm zustehenden Rechten Nutzen zu ziehen. Man braucht die hiesigen Verhältnisse nicht zu kennen und kann dennoch leicht verstehen, aus welchen Gründen dies geschieht, und wer sich eine Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten nicht wünscht. Die Klasse, die gegenwärtig herrscht, übt keinen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Stadt aus, und dies umso mehr, als sich in ihr zum Teil von oben aufersehene, zu allem „Ja“ sagende Faktoren befinden. Man überlegt nicht, ob jemand für die in Frage kommende Stellung befähigt ist. Der städtische Wahlverein ist ratlos, da Schnaps und Wurst, für welche man seine Stimme abgibt, das Ihrige tun. Schnaps, Wurst, einige Groschen Geld und eine Zigarre, das ist das Fundament.

Das ist die Kröben'sche Agitation, das sind gleichsam die Reden vor den Wahlen.

Zum Teil werden hier ein und dieselben Personen, die sogenannten Hungrigen und Unerfättlichen, die nachher nur Figuranten sind, zu den verschiedensten Ämtern gewählt. Wir haben sogar solche, die knapp ihren Namen schreiben können. In den letzten Zeiten gelang es allerdings mit großer Mühe zwei befähigte und willige Bürger durchzubringen, aber ihre berechtigten Argumente unterliegen meist bei der Abstimmung.

Der Herr Bürgermeister hat, wie es scheint, häufig sehr schwere Arbeit, da er zugleich ist:

1. Bürgermeister,
2. Polizeiverwalter,
3. Standesbeamter,
4. Schiedsrichter,
5. Vorsitzender der Drainagegenossenschaft,
6. Vorsitzender des Schulvorstandes,
7. Kreistagsdelegierter,
8. Rendant der katholischen Kirchenkasse,
9. Brandmeister der Pfllichtfeuerwehr,
10. Besitzer von 2 Hotels, 80 Morgen Acker und wertvollen Bauplätzen.

Nicht mitgerechnet werden die andern Arbeiten, die der Ehre wegen ausgeführt werden, wie die Veranstaltung von Unterhaltungsabenden, Flottenabenden usw., was doch alles viel Mühe und Arbeit erfordert. Meiner Ansicht nach müßte zum Kreistag ein unabhängiger Privatmann fahren, denn dies erstrebt man doch überall und führt es auch praktisch durch.

Und wenn jemand, so müßten der Kirchenvorstand und das ungebildete Volk wenigstens so viel Erbarmen und Verstand haben, und endlich das Rendantenamt der Kirchenkasse einer nicht weniger würdigen und verdienten Person, der die paar Mark unseres Geldes von Rechtswegen gehören, anvertrauen.

Städtische Arbeiten, die unbeliebten Leuten zufallen könnten, vergibt man nicht, wie dies das Recht und die Gerechtigkeit fordern, auf dem Wege der Submission, sondern unter der Hand seinen Schülzlingen, wodurch die Stadt benachteiligt wird.

Es ist auch schade, daß der Mangel an Zeit nicht gestattet, in Kröben, wenn auch nur in geringem Maßstabe, Märkte einzuführen. Es ist nämlich bekannt, daß Kröben die einzige Stadt ihrer Art ist, in welcher überhaupt keine Märkte abgehalten werden. Dafür wird einmal nach dem andern sehr energisch verlangt, die Gehälter zu erhöhen, oder Gratifikationen zu gewähren. Aber an die Hebung der Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht denkt niemand! Vielleicht würde die Angelegenheit in ein besseres Gleis kommen, wenn eine Verteilung der Arbeit unter eine größere Anzahl von Personen erfolgen würde, aber so wie heute die Sache steht, kann man sich in dieser Hinsicht nur schwer trügerischen Hoffnungen hingeben.

Die Hakatisten verlangen ganz unnötigerweise die Enteignung, weil die Polen selbst in dieser Hinsicht ihnen in eiligem Tempo entgegenarbeiten. Sie legen freiwillig ihre alten Sitten und Gebräuche ab, vertreiben die polnische Sprache und ersetzen sie durch die deutsche, spenden, und dazu noch gern, Geld für deutsche Zwecke wie für den Flotten-, Krieger- und Vaterländischen Verein, halten teure deutsche Zeitungen usw.

Für polnische Wahlzwecke, für polnische Zeitungen und für den Marcinkowski-Verein ist kein Pfennig vorhanden, denn es herrscht Elend!

Ich weiß nicht, ob sich im Großherzogtum noch eine zweite Ortschaft befindet, die so patriotisch und loyal veranlagt ist, wie unser Städtchen, in welchem man sogar drei Tage hintereinander Lichter brannte, d. h. illuminierte. Das mag manchem als ein Märchen aus „1001 Nacht“ erscheinen, aber leider verhält es

sich in der Tat so. Am Tage vor Kaisers Geburtstag illuminierte man für die Feuerwehr, denn diese hatte ihr Vergnügen mit verschiedenen Hochs. Am zweiten Tage illuminierte man anlässlich Kaisers Geburtstag, und am dritten Tage illuminierte man für den Kriegerverein, denn dieser hatte sein Vergnügen mit Zapfenstreich. Es ist aufgefallen, daß Kinder, deren Eltern im Elend leben, ja sogar Armenunterstützung fordern, Geld zu Knallbomben, bengalischem Feuer und verschiedenen Schießartikeln hatten. Früher herrschte hier der Brauch, am Karfreitag (an welchem Tage die Glocken schweigen) mit Klappern umherzuziehen. Auf Verlangen eines Evangelischen wurde dieser Brauch bei Strafe verboten; ich weiß nicht, ob man dies auch als politische Tätigkeit ansah. Wenn sich am Tage der Auferstehung Christi irgend ein dummer Junge erdreistet, aus einem Schlüssel zu schießen, dann jagt man hinter ihm her und bestraft ihn streng.

Bei anderen Gelegenheiten ist alles erlaubt. Man kann schießen, lärmern, Feuer anzünden, den Menschen verschiedene Explosivkörper auf den Kopf werfen, Pieder singen, Lichter brennen. Ja Bauer, das ist etwas anderes.

Man könnte über unser Städtchen noch viel schreiben, aber ich begnüge mich heute mit dem, was ich mitgeteilt habe.

Sene dagegen, welche Flüche gegen die Korrespondenten schleudern, bitte ich, sie nicht zu verfluchen, sondern selbst die Feder zu ergreifen und etwas über unsere städtische Wirtschaft zu schreiben. Vielleicht werden dann die Angelegenheiten unserer Stadt in bessere Bahnen geleitet werden.

Ein Bewohner von Kröben.

Aus Nr. 43 des Lech (Gnesen)
vom 22. Februar 1911:

In der Angelegenheit der Konsekrationsfeierlichkeit

schreibt man uns: Mit Recht bemerkte der Lech, daß in dem Zuge die Teilnahme von drei deutschen Studenten in Gala mißliebig aufgefallen sei. Es scheint, daß unsre uralte Katedrale ein ähnlich theatrales Schauspiel noch nicht gesehen hat. Ich verstehe es, daß die studentische Korporation, deren Mitglied einstmalig Bischof Kłoske war und mit welcher ihn heute gewisse Beziehungen als „alten Herrn“ verbinden, ihm ihre Glückwünsche darbringen wollte. Doch der offizielle Austritt der Deputation in langen Stiefeln, Mützen, theatrales Pikeeten und Degen hat das polnische Publikum in hohem Maße verletzt. Die polnischen Kirchen sind bisher niemals theatrale Schaulustungen gewesen, und die polnische Gesamtheit wünscht es nicht, daß in dieser Beziehung irgend welche Änderungen eintreten. Deutsche Sitten den Deutschen, polnische den Polen. Wer zu den Polen kommt, der sollte ihre polnische Sitten achten lernen und ihnen keine fremden aufdrängen.

Dieselben Bemerkungen betreffen auch den Domherrn Sander, der am Tage der Konsekration eine deutsche Fahne aufhängte. Ich würde es schließlich verstehen, wenn er päpstliche Farben aufhängen würde; — doch bei Gelegenheit einer bischöflichen Konsekration seinen deutsch-staatlichen Standpunkt zu dokumentieren, halte ich es für höchst unpassend.

Aus Nr. 41 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 19. Februar 1911:

Um die Bromberger Pfarrstelle.

Der Lech schreibt: Der langjährige Streit um die Besetzung der Pfarrstelle in Bromberg wurde schließlich zu Gunsten des Geistlichen Becker aus Schrimm entschieden. Für diese Pfarre vorgeschlagen wurde Geistlicher Becker vom Bromberger Magistrat vor etwa fünf Jahren. Diesen Besetzungsvorschlag wollte die geistliche Behörde in Gnesen nicht bestätigen, weil sie die Gesundheit des vorgeschlagenen Geistlichen nicht für ausreichend erachtete, daß er in einer so großen Pfarre, die gegenwärtig 20 000 Seelen zählt (ca. 30 000 — die Red. des Dziennik Bydgoski) mit Erfolg arbeiten könnte.

Die Regierung nahm nun die Sache in die Hand und führte den Prozeß bis zur höchsten Instanz in Rom durch. Dort wurden die von der Gnesener geistlichen Behörde angeführten Gründe für unzureichend erklärt und dem Geistlichen Becker das Recht auf die Pfarre zuerkannt.

Die geistliche Behörde hat ihre Stellung allseitig begründet, doch begnügte sie sich mit der schriftlichen Verteidigung, während die Gegenpartei einen eigenen Rechtsanwalt in der Person des Kardinals Marinelli in Rom hatte. Es ist allbekannt, daß das lebende Wort mehr bedeutet als das schriftliche; darin ist auch der für die geistliche Behörde ungünstige Richterspruch zu suchen.

Die obige Nachricht wird die ganze Bromberger Pfarre (mit Ausnahme einer Handvoll Deutschen) jedenfalls mit großem Verdruss empfangen, weil der Administrator Geistlicher Jagalski sich hier Vertrauen und ein nicht geringes Verdienst erworben hat, seine Abberufung wäre eine wirkliche Schädigung der katholischen Bevölkerung Brombergs. Von seinen Verdiensten zeugt beredt die herrliche Kirche in der Berliner Straße, deren Bau auf große Schwierigkeiten gestoßen ist.

Der Geistliche Becker weiß davon, daß die polnisch-katholische Bevölkerung, die gegen 80 Prozent der ganzen Pfarre ausmacht, sich ihn nicht wünscht, wovon die zahlreichen Unterschriften, die unter das gegen ihn gerichtete Protestschreiben gesammelt wurden, zeugen. Wir würden uns daher sehr wundern, wenn er trotzdem nach Bromberg käme. Übrigens glauben wir zu wissen, daß ein päpstliches Dekret existiert, welches besagt, daß gegen den Willen der Pfarre kein Geistlicher eine Pfarre übernehmen kann.

Aus Nr. 44 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 23. Februar 1911:

Eine merkwürdige Entrüstung.

Die beiden hiesigen deutschen Zeitungen sind auf uns rasend, daß wir gegen die Bestallung des Geistlichen Becker aus Schrimm zum Propst in Bromberg protestieren. Sie sehen den Protest als eine Erscheinung des Hasses gegen die Deutschen an und hegen die Hoffnung, daß die geistliche Behörde diesen Protest nicht beachten werde.

Zuerst raten wir den beiden lutherischen Zeitungen, sich nicht in katholische Angelegenheiten zu mischen. Wir bekümmern uns gleichfalls nicht weder um die evangelische Kirche noch um die Synagoge. Dann bitten wir zu berücksichtigen, daß unser Protest nur ein schwacher Widerschein ist der Empörung, welche unter allen polnischen Parochianen gegen den Propst Becker in Schrimm, der sich der Bromberger

Parochie aufdrängt, herrscht, und diese zählt 24 000 Seelen.

Wir sind neugierig, was so eine rein deutsche Parochie sagen würde, wenn man ihr gegen ihren Willen einen polnischen Geistlichen aufdrängen würde. Dann würde wohl ein anderes Gezeter entstehen, als wir es erheben. Von dieser Seite aus kennen wir doch die „Dajekatholiken“ und ihre lutherischen Handlanger.

Wir würden wissen, was wir vom Propst Becker halten sollten, wenn er gegen den Willen der Parochianen nach Bromberg kommen sollte. Dann würden wir aber nicht verstehen, wozu das päpstliche Dekret existiert, nach dem kein Geistlicher einer Parochie aufgedrängt werden kann. Ist es denn dem Geistlichen Becker erlaubt, das päpstliche Dekret zu mißachten deswegen, weil er ein Deutscher ist?

Gegen das in Rom gefällte Urteil hat die geistliche Behörde in Gnesen das Appellationsrecht. Wir wissen aber nicht, ob dieselbe davon Gebrauch machen wird.

Aus Nr. 21 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 18. Februar 1911,

Rozdrażewo, den 13. Februar 1911

Seit zwei Jahren befaßt sich der

Bikar Stempniewicz

mit der Volksbibliothek und muntert zum Lesen von Büchern auf. Auf sein Bemühen ist im vorigen Jahre in Rozdrażewo ein Gesangsverein gegründet worden, zu dessen Vorsitzenden er gewählt wurde. — Was die Aufklärung anlangt, so ist man hier einen Schritt vorwärts gekommen; es fehlt hier aber immer noch ein tieferes Verständnis für die Losung „Jeder zum Seinen“. Möchte doch in dieser Beziehung recht bald eine Besserung eintreten! Lasset uns gute polnische Zeitungen und Bücher lesen und auch nur bei den Unfrigen kaufen!

Aus Nr. 4 des Kupiec (Posen)
vom 16. Februar 1911,

Polnische Spediteure.

Für unsere Kaufleute in den kleinen Städten rollen, soweit die Kaufleute das nicht selbst tun, die Waren gewöhnlich die Spediteure fremder Nationalität. Um zu veranlassen, daß in den unten aufgeführten Städten unsern Kaufleuten die Waren durch polnische Spediteure zugestellt werden, müssen die Frachtbriele dementsprechend adressiert werden. Die Empfänger in diesen Städten müssen auf der Station verlangen, daß ihnen von ihrem polnischen Spediteur die Waren zugestellt werden.

So zu verfahren, das gebietet uns die nationale Pflicht. Wir werden uns um so leichter dazu entschließen können, als der polnische Spediteur nicht teurer ist als der deutsche, häufig ist er sogar billiger.

Verzeichnis der Städte mit polnischen Spediteuren:

Schrimm: Fr. Pawlicki.

Bromberg: W. Poczaj i F. A. Feyerabend.

Alexandrowo: E. Czarniecki.

But: L. Matyschewski.

Gnesen: B. Hoffmann.

Grätz: W. Stachowski.

Hohenfalza: M. Raczkowski.

Berent: Wroblewski.

Ostrowo: J. Stein.

Schroda: St. Stoinski:

Aus Nr. 8 des Przemysłowiec (Posen)
vom 19. Februar 1911:

Wir teilen den geehrten Vereinen mit, daß wir damit umgehen, Vereinsbibliotheken einzurichten; wir werden binnen kurzem im Przemysłowiec bekanntgeben, in welcher Weise der Katalog einzurichten sein wird und welche Werke anzuschaffen bzw. zu kaufen sein werden.

Der Vorstand
des Verbandes der Industrievereine.

Aus Nr. 7 des Robotnik (Posen)
vom 19. Februar 1911:

Czarnikau.

In der am 8. Januar cr. abgehaltenen Jahreshauptversammlung des polnisch-katholischen Arbeitervereins wurden in den Vorstand gewählt:

St. Maciejewski, stellv. Vorsitzender,
A. Henke, stell. Schriftführer.

Aus Nr. 4 des Kopiec (Posen)
vom 16. Februar 1911:

Breschen.

In der am 28. Januar d. Js. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins polnischer selbständiger Kaufleute ist der nachstehende Vorstand gewählt worden:

J. M. Lewandowski, Vorsitzender,
L. Schmidt, Stellvertreter,
St. Porowski, Schriftführer,
A. Prondzynski, Kassierer,
Cichocki, Bibliothekar.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kopiacki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

Wollstein.

In der am 15. Januar d. Js. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Kasprzak, Vorsitzender,
Maciejowski, Schriftführer,
Korczewski, Kassierer und Bibliothekar.

Zum Kurator wurde Herr Dr. Poniecki gewählt.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kopiacki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

Schroda.

In der am 31. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

J. Kowalewski, Vorsitzender,
J. Dobek, Stellvertreter,
W. Cieraski, Schriftführer,
St. Szeliga, Kassierer,
Nowacki, Bibliothekar.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

R a w i t s c h.

In der am 10. Januar cr. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde folgender Vorstand gewählt:

Sokolowski, Vorsitzender.
Jactowski, Schriftführer.
Mondrowski, Bibliothekar.
Jesionowski, stellv. Vorsitzender.

Aus Nr. 4 des Kupiec (Posen)
vom 16. Februar 1911:

P o s e n.

In der am 29. Januar und 11. Februar d. J. abgehaltenen Generalversammlung des Vorstandes polnischer reisender Kaufleute ist der nachstehende Vorstand gewählt worden:

Rafimir Sokolowski-Posen, Vorsitzender.
Joseph Tucholski-Posen, Schriftführer.
Bolesl. Wegenke-Posen, Kassierer.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

P l e s c h e n.

In der am 4. Januar d. J. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde folgender Vorstand gewählt:

Kalk, Vorsitzender.
Rajewski, Stellvertreter.
Kozłowiez, Schriftführer.
Stompski, Stellvertreter.
Zülsdorf, Kassierer.
Pyżkowski, Bibliothekar.
Kucharski und Samulski, Beisitzer.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

D i s t r o w o.

In der am 12. Januar cr. abgehaltenen Jahreshauptversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde folgender Vorstand gewählt:

Graff, Vorsitzender.
D. Splitta, Schriftführer und stellvert. Vorj.
Radojewski, stellvertretender Schriftführer.
Stanislawski, Kassierer.
H. Skutecki und J. Jentsch, Beisitzer.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

D b o r n i f.

In der am 31. Januar cr. stattgefundenen Jahreshauptversammlung des Vereins junger Kaufleute werden in den Vorstand gewählt:

Rosenberg, Vorsitzender.
Maliszewski, Schriftführer.
Koryciak, Kassierer.

Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über das Thema: Unsere kaufmännische Jugend — ein richtiger Faktor in unserer sozialen Arbeit.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

M o g i l n o.

In der am 10. Januar abgehaltenen Jahreshauptversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Raj. Jakubowski, Vorsitzender.
Wenzel Gapioski, Schriftführer.
Raj. Cerkaski, Kassierer.
Stan. Garstecki, Bibliothekar.

Aus Nr. 4 des Kupiec (Posen)
vom 16. Februar 1911:

M o g i l n o.

In der am 11. Januar d. J. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins polnischer selbständiger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

S. Janowski, Vorsitzender.
A. Jilisiwicz, Stellvertreter.
M. Thiel, Schriftführer.
J. Serafinowski, Kassierer.
Dr. L. Jajinski und A. Jajinski, Beisitzer.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

K r o n e a. B r.

In der am 19. Januar cr. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Grabowski, Vorsitzender.
Kuczyński, Schriftführer.
Kajdan, Kassierer.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

H o h e n j a l z a.

In der am 10. Februar cr. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

J. Heiricht, Vorsitzender.
Plucinski, Stellvertreter.
Muszynski, Schriftführer.
Jzydorek, Kassierer.
Chudyfiwicz, Bibliothekar.
Kruc und Tomkiewicz, Beisitzer.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

G n e s e n.

In der am 12. Januar d. J. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Ziemkowski, Vorsitzender.
Vertek, Stellvertreter.
Henkel, Schriftführer.
Wilkans, Kassierer.
Adam Smielecki, Bibliothekar.

Aus Nr. 7 des Robotnik (Posen)
vom 19. Februar 1911:

Czerlejno.

In der am 15. Januar abgehaltenen Jahreshauptversammlung des polnisch-katholischen Arbeitervereins wurde folgender Vorstand gewählt:

A. Brzyszczeni, Vorsigender.

A. Ginder, Schriftführer.

M. Stachowiak, Kassierer.

J. Zbierski, Bibliothekar.

Aus Nr. 42 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 21. Februar 1911:

Der „Sokolverein“ in Wrotschen aufgelöst.

Aus Wrotschen wird uns berichtet, daß man den dortigen Sokolverein auflösen mußte, weil er keinen Übungsaal erhalten konnte, trotzdem am Ort ein katholisches Vereinshaus existiert.

Im Zusammenhange mit dieser Angelegenheit schreibt man uns, daß der Geistliche Dekan Gidaszewski bestrebt ist, sich von dem Vorwurf zu reinigen, als ob er dem Sokolverein den Saal nicht hergeben wollte. Indes behauptet das Sokolmitglied, welches die Schlüssel holte, ganz entschieden, daß die Schlüssel ihm durch Vermittlung der Wirtschafterin vom Geistlichen verweigert wurden.

Nach eingehender Prüfung werden wir uns mit dieser Angelegenheit näher beschäftigen.

Aus Nr. 40 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 18. Februar 1911:

Die Polen und die Kriegervereine.

Aus Goluchow in der Plechener Gegend schreibt man uns:

Der hiesige Kriegerverein, der sich leider zur Hälfte aus Polen und zur Hälfte aus Deutschen zusammensetzt, beging Kaisers Geburtstag. Zu dieser Feier begaben sich auch einige polnische Familien. Einer der anwesenden Deutschen, der Lehrer Spaeth aus Rucharki, verfiel, als er bemerkt hatte, daß die Polen unter sich polnisch sprachen, in eine solche Wut, daß er anfang, sie in unmöglicher Weise zu schmähen, indem er schrie: „Fort mit den Polen! die Polen muß man totschießen!“ usw. Zeugen dieser Szene sind: Werblinski aus Czerminel, Gostomczyk aus Skudla, Kautowski aus Rokutowo, Ogradowski aus Zawidowice und der Unterzeichnete. Von diesem Vorkommnis ist der Schulinspektor in Kenntnis gesetzt worden, an den zugleich eine Eingabe um Entfernung des Lehrers Spaeth gerichtet worden ist. Josef Nowacki.

Obiges Vorkommnis ist nicht vereinzelt. Derartige Vorfälle sind bereits wiederholt vorgekommen, und die Schuld daran, daß sie vorkamen, haben die Polen selbst, — denn wozu drängen sie sich dahin, wo kein Platz für sie ist? Leider haben wir noch sehr viele unaufgeklärte Polen, die wie die Fliegen am Kriegerverein kleben, obwohl die Deutschen sie hassen. Allen diesen Unverbesserlichen geben wir folgenden Rat: Wollt ihr eure Nationalität bewahren, wollt ihr, daß die Deutschen euch nicht verächtlich behandeln, dann tretet aus den Kriegervereinen aus und tretet polnischen Vereinen bei, an denen es heut nirgends mangelt!

Aus Nr. 38 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 16. Februar 1911:

Arbeiten wir an der Zukunft.

Der Winter geht allmählich seinem Ende entgegen und mit dem Frühjahr werden wieder neue Scharen polnischer Kinder gezwungen, die Schule zu besuchen. Bis jetzt leben sie in der häuslichen Abgeschlossenheit, aber in Kürze wird das Herumschlagen mit dem uns feindlichen System und der uns feindlichen Kultur beginnen. Von dem Augenblick des Betretens der Schulschwelle an beginnt der unerbittliche Kampf um die Sprache und die Seele des Kindes.

Wir leben in einem Kulturstaate. Merkwürdig ist die Kultur, deren sich die deutschen so sehr rühmen. Die deutsche Kultur erkennt keine andere neben sich an, sie bekämpft die anderen Kulturen und will sie erdrücken, um sich allmächtig breit machen zu können. Sie hat ein mittelalterliches Gepräge, sie läßt sich nur von dem Grundsatz des Faustrechtes leiten, es ist wenig vom Christentum in ihr enthalten, welches gebietet, jedem das Seine zu geben.

Diese gierige Kultur möchte uns verschlingen und uns zu ihren Werkzeugen umgestalten. Diese systematische, planmäßige Gier ist auf ganze Generationen berechnet.

Zwischen Siegern und Besiegten tobt stets ein Kampf um die Jugend. Früher half man sich auf rücksichtslosere Art. Man nahm die Jugend mit Gewalt fort und erzog sie nach eigenem Gutdünken. So handelte man noch im vergangenen Jahrhundert in Rußland. Jetzt wirkt man auf die Jugend anders ein, man ist bemüht, sie mit Hilfe der Schule zu gewinnen, was man besonders in Preußen in großem Maßstabe betreibt. Die preußische Schule ist in hohem Maße eine germanisatorische und mit ihrer Hilfe ist man bemüht, unsere Kinder zu verdeutschern. Kaum einhundert Jahre sind verflossen und schon hat man nicht nur die polnische Unterrichtssprache beseitigt, sondern zum Teil auch den Unterricht in der polnischen Sprache, ja sogar den polnischen Religionsunterricht, das Schulsystem berücksichtigt bei uns nicht die einfachsten pädagogischen Grundsätze, welche verlangen, daß das Kind in der Muttersprache unterrichtet werden soll.

Eine derartige Schule kann ihre Pflichten gegenüber der Volksgesamtheit nicht erfüllen, denn sie gewährt den Kindern nicht das, was ihnen durchaus not tut, nämlich die Kenntnis der Muttersprache und die Vertiefung dieser Kenntnisse. Die Kinder werden eine Art von Automaten oder richtiger Papageien, die die Worte wiederholen, aber nicht wissen, was sie eigentlich bedeuten.

Mancher Herr Schulrat könnte sich davon überzeugen, wenn er sich z. B. von einem Kind den ersten besten Vers aus einem deutschen patriotischen Hymnus übersetzen lassen würde! Ha! — übersetzen! Die Sprache des Volkes ist aus der Volksschule herausgeworfen worden und von den Lehrern verlangt man sogar, daß sie sich sogar in ihren eigenen Häusern nicht der Muttersprache bedienen!

Es ist eine feststehende Tatsache, daß die sogenannte Volksschule überhaupt keine Schule für das Volk ist.

Wir wissen dies nur allzu gut und deshalb war unsere Volksgesamtheit auch gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen. Jedes polnische Haus ist jetzt eine Schule, in welcher den Kindern die ihnen notwendigen Kenntnisse in der Muttersprache beigebracht werden. Alle um ihre Kinder besorgten Eltern lehren ihre Kinder lesen und schreiben. Und der Feind wird sich dann ärgern, daß er eine Niederlage erlitten hat, daß das polnische Haus sich mit den Systemen und Plänen des

Räubers der Seelen unserer Kinder, unserer zukünftigen Volksgesamtheit, Rat zu schaffen gewußt hat.

Man hat schon unzählige Male gesagt, daß das polnische Haus eine nicht zu erobernde Festung ist. So verhält es sich überall dort, wo der Geist ein guter ist, wo die Eltern sich als Polen fühlen und das Unrecht die Verfolgungen, das Wegstoßen und sogar die undervollkommene Verachtung empfinden. Dort ist das polnische Haus eine Festung, in welcher die Kinder im Sinne der gebräuchlichen Anschauung erzogen zu werden pflegen: „Gott zum Ruhm und dem Vaterland zum Nutzen.“

Die polnischen Eltern haben die heilige Pflicht, sich jener Anschauung nach Kräften und Möglichkeit anzupassen. Diese Anschauung enthält alle Fingerzeige, welche die gute Erziehung der Kinder betreffen. Gesegnet das Haus, in welchem dieser Grundsatz herrscht, glücklich die Nation, welche Bürger besitzen wird, die aus solchen Häusern stammen. Die Wärme, die aus einem solchen Hause herausströmt, wird alle Veruchungen der Feinde zunichte machen, ihre Gelüste werden vergebliche sein und sich gegen sie wenden, denn Böses gebärt Böses.

Der Satz: „Gott zum Ruhm und dem Vaterlande zum Nutzen“ muß bei uns also stets die Grundlage der Erziehung bilden.

Der Unterricht selbst muß nach bestimmten Regeln stattfinden. Die Hauptregel ist die, daß das Kind polnischen Lese- und Schreibunterricht erhält, bevor es zur Schule zu gehen beginnt, damit das Kind später mit dem Lernen nicht zu sehr belastet wird und schon vor Beginn des Schulbesuchs vor allen Dingen seine Muttersprache kennen gelernt hat.

Die Abende und freien Augenblicke müssen der Vater oder die Mutter mit Erzählungen aus der polnischen Geschichte ausfüllen. Es ist dies sehr wichtig, denn die Kinder lernen dann in der Schule erkennen, daß die Mißachtung des Polentums ungerecht ist. Später muß für die älteren Kinder die Reihe an die polnische Literatur kommen. Freilich können die Kinder nicht alle Bücher lesen und schwierige Sachen müssen ihnen erläutert werden. Das sind aber spätere Sorgen.

Gewöhnlich unterrichten nachlässige Eltern ihre Kinder nicht vor Beginn des Schulbesuchs. Auf ihnen gemachte Vorwürfe entschuldigen sie sich damit, daß noch Zeit ist, daß die Kinder noch zu jung sind usw. Das sind Ausreden und weisen darauf hin, daß den Eltern der Gedanke, daß ihre Kinder zum Ruhme Gottes und zum Nutzen des Vaterlandes erzogen werden müssen, nicht einmal durch den Kopf geht. Die Kinder solcher nachlässigen Eltern werden später gewöhnlich gleichgültige, ja für die Volksgesamtheit sogar schädliche Personen.

Solche nachlässigen Eltern müssen aufgeklärtere Personen beeinflussen und sie ermuntern, ihre elterliche Pflicht zu erfüllen.

Noch ein Wörtchen über den Unterricht in der Schule. Den Unterricht in der Schule darf man nicht mißachten, sondern man muß möglichst viel Nutzen aus ihm ziehen. Gut ist es, wenn die Kinder die deutsche Sprache geläufig erlernen. Das wird ihnen in ihrem späteren Leben von Nutzen sein. Die ganze Sache beruht darauf, die fremde Sprache und die fremde Kultur nicht auf die eigene zu übertragen. Dieses wird auch niemand jemals tun, wenn er seine Sprache und seine herrliche nationale Vergangenheit kennen wird.

Mögen also unsere Häuser solche starken Festungen werden, mögen die Eltern, die ihre Kinder und unsere Sache lieben, uns wackere Bürger erziehen, indem sie sich zum Muster die Marcinkowskis, Wawrzynias

und andere große Männer nehmen, die zum Nutzen der ganzen Nation gearbeitet haben.

Eltern! An herrlichen Beispielen fehlt es auch sogar in der neuesten Zeit nicht. Dies beweist die göttliche Fürsorge.

Vertrauen wir also und hören wir in der Arbeit nicht auf, arbeiten wir an der Zukunft unserer Volksgesamtheit, wachen wir über unsere Jugend, bilden wir sie zu nützlichen Menschen aus und es wird uns eine Generation heranwachsen, die gesund ist an Körper und Seele.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 40 der Gazeta Toruńska (Thorn)

vom 18. Februar 1911:

Bravo, Herr v. Dallwitz!

Die preußische Regierung ist in einer Beziehung aufrichtig um das Wohl der Polen bemüht. Diese Behauptung könnte im ersten Augenblick unrichtig erscheinen, trotzdem ist sie aber absolut richtig. Nämlich ein Minister nach dem andern sagt den Polen bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß er sich aus ihrer Unterstützung nichts macht, daß er ihren Schmeicheleien nicht glaubt und daß sich in seinem Verhalten gegenüber den Polen nach keiner Richtung hin etwas geändert habe.

Die Minister erwecken also in den Polen mit einer bewundernswerten Energie das nationale Selbstgefühl, sie bemühen sich, sie von jeglichen trügerischen Hoffnungen zu heilen, und gerade darin würde ihr Verdienst um das Polentum beruhen, wenn nicht ein großer Teil der Vertreter des polnischen Volkes unheilbar wäre.

Wir haben diejenigen Vertreter im Sinne, die schon solange an der Regierungstür warten und hoffen, daß bei dem geringsten Anlaß ein betreffter Lakai sie in das ersehnte Paradies hereinlassen werde. Diese Annahme könnte einigermaßen begründet erscheinen, da die vor den geschlossenen Türen Wartenden mit prächtigen Geschenken in Gestalt einiger Abstimmungen für die Regierungsprojekte zuvorgekommen sind.

Und die Türe öffnete sich; aber nicht ein betreffter Lakai trat heraus, um zu einem Reichskanzlersekretär einzuladen, sondern Herr v. Dallwitz mit gepanzerter Faust, und er warf unsere Ausgewählten wie gewöhnliche, lästige Handlanger die Treppen hinunter. Das war zwar eine sehr schmerzliche, aber sehr heilsame Operation. Für eine Wiederholung wird unsere Gesamtheit dem Herrn Minister sehr dankbar sein.

Unsere Leser werden selbstverständlich erraten, daß sich die obigen Worte auf die Rede des Ministers des Innern, Herrn v. Dallwitz beziehen, die er in der Dienstagssitzung des preußischen Landtages in Erwiderung des Abgeordneten v. Trompczynski gehalten hat. Niemand, selbst unsere Konservativen, nicht haben erwartet, daß der Minister Herrn v. Trompczynski für die bittere Pille mit süßem Marzipan aufwarten würde. Sogar der Kaffeepolitiker begreift, daß die Regierung, wenn sie auch im polnischen Kurs umwenden wollte, es mit Rücksicht auf den allmächtigen Katatismus nicht offen tun könnte. Man erwartete also eine weder gehauene noch gestochene Rede in der Art der professormäßigen Ausführungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg. Solche Reden können je nach Bedarf verschieden gedeutet werden. Besonders unsere Konservativen verstehen aus ihnen Schlüsse zu ihren Gunsten zu ziehen.

Bis mit einem Male an Stelle des höflichen Diplomaten, welcher der Dienste des Abgeordneten Grafen Mielzynski und Genossen eingedenk wäre, ein erregter Bureaukrat steht, der in zorniger Überzeugung den vom polnischen Redner als Camorra bezeichneten Gefährten

verteidigt! Man hätte ihn hören müssen, wie er ausführte, daß die Erkenntnisse des Verwaltungsgerichts nichts bedeuteten, da sie der Polizei Unrecht gäben, man hätte ihn hören müssen, wie er behauptete, daß die Polen angriffen und die Deutschen sich verteidigten, wie er ohne Umschweife und ohne Schamrot zu werden den Polen alles das vorwarf, was von der parlamentarischen Tribüne schon hundertmal als Unwahrheit zurückgewiesen worden ist.

Es bleibt alles beim alten. In der antipolnischen Politik wird sich nichts ändern, es sei denn, daß die Polen deutsch werden. Das ist der leitende Gedanke des Herrn v. Dallwitz. Derjenigen Polen wegen, welche ganz und gar vom demokratischen Geiste durchdrungen sind, hätte sich der Herr Minister nicht zu bemühen brauchen; sie kennen seine Absichten, auch wenn er seinen Mund niemals öffnen sollte. Aber Reden dieser Art sind für die Anhänger neuer Steuern und Freunde hoher Zivillisten durchaus erforderlich.

Mit Rücksicht hierauf wird auch mancher Volksparteiler für die Dienstagsrede dem Minister ein „Bravo, Herr v. Dallwitz!“ zrufen! G.

Aus Nr. 21 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 18. Februar 1911:

Zu der Polendebatte im Landtage

schreibt die Gazeta Gdanska u. a.: Es wird also auch weiterhin so sein wie bisher. Wie sich angesichts dessen in unserer Gesamtheit noch einzelne oder gar ganze Gruppen von Personen finden können, die in der Veröhnung das Heil erblicken, ist uns unverständlich. Daß die preussische Regierung mit uns Frieden haben will, ist gewiß, aber einen Frieden wie zwischen Herrn und Sklave, **und dieser Sklave sind wir!** Wie ein Sklave sollen wir uns auf Wunsch des preussischen Herrn des Landes unserer Väter, unserer Sprache, sowie unserer Sitten und Gebräuche entäußern, wir sollen also mit einem Wort aufhören das zu sein, was wir sind. Polen, dahin hat die preussische Regierung immer gestrebt, und sie wird es auch in Zukunft nicht unterlassen, es sei denn, daß sie ihre Ohnmacht gegenüber der Macht unserer nationalen Idee wird zugeben müssen. Verlieren wir also nicht den Mut, sondern stärken wir den nationalen Geist in uns, denn darin liegt unsere Rettung.

Aus Nr. 21 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 18. Februar 1911:

Ein Kampf bis zum Erfolg.

Endlich haben wir Polendebatten im Landtage gehabt. Es gingen nämlich schon Gerüchte im Lande um, die Regierung wünsche es nicht, daß bei den Etatsdebatten die polnische Frage berührt werde. Dieses Gerücht wurde in einer Form in Umlauf gesetzt, als wenn eine Änderung in der Politik der Regierung gegenüber den Polen bevorstände, und zwar eine Änderung, die uns gewisse Erleichterungen bringen könnte. Die polnische Landtagsfraktion mied daher in den Debatten alles, was die Regierung reizen könnte. Es schien schon, als wenn die polnische Landtagsfraktion stumm geworden sei und sie den Preußen nicht in Erinnerung rufen würde, daß das antipolnische System barbarisch sei. Die Politik des Schweigens und der Verbeugungen der polnischen Fraktion hat sich aber nach langem Zögern geändert, als ein neuer Abge-

ordneter, Rechtsanwalt von Trompczynski die Rednertribüne betrat.

(Folgt eine inhaltliche Wiedergabe der Rede des Abgeordneten v. Trompczynski.)

Das war in Hauptumrissen der Inhalt der Rede des Abgeordneten v. Trompczynski. Es antwortete darauf sofort der Minister des Innern v. Dallwitz in sehr gereiztem Tone. Er lobte entschieden die Beteiligung der Beamten an den Versammlungen der Hatatisten, die er „deutsche Tage“ nannte. Den Kampf der Polenfreßer gegen das polnische Element nannte er „Verteidigung“, was natürlich auf den polnischen Bänken ein lautes Lachen auslöste. Die Konservativen und Liberalen haben dem Minister jedoch zugestimmt und „Sehr richtig“ gerufen.

Im weiteren Verlauf führte der Minister aus, daß die preussische Regierung in der antipolnischen Politik zwei Ziele erstrebe. Erstens hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, die polnischen Landesteile in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung zu heben — natürlich nur für die Deutschen. Zweitens will sie den Polen klar machen, daß alle auf eine Losreißung vom preussischen Staate gerichteten Bestrebungen nichts nützen. — Die Preußen empfinden es innerlich, daß die fortwährend benachteiligte polnische Bevölkerung die Zugehörigkeit zum preussischen Staat als die größte Strafe durch Gottes Fügung ansehen muß, und sie vermuten selbst, daß das preussische Joch eine unerträgliche Last ist. Denn sie haben doch gar keinen Beweis dafür, daß die Polen an eine Losreißung vom preussischen Staate denken. Man kann aber von den Polen schwer verlangen, daß sie ihre Bedrücker lieben und sich mit ihnen verbrüdern. Und eine derartige Forderung hat doch der Minister v. Dallwitz ausgesprochen. Solange die polnische Bevölkerung nicht aufhöre, sich von den Deutschen abzusondern, solange sie nicht aufhöre die Deutschen in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung zu boykottieren, solange sie die feindlichen Gefühle gegen das Deutschtum und den Staat nicht aufgebe, solange werde der Kampf der preussischen Regierung mit den Polen währen.

Die Forderungen, welche die Preußen an uns stellen, zielen also dahin, daß wir uns mit den Deutschen verbrüdern, mit ihnen immer Hurra schreien, ihre Sprache und Sitten annehmen, dagegen aber die Sitten unserer Väter aufgeben, die polnischen Vereine vernachlässigen, die polnische Sprache verleugnen und weder ein polnisches Buch noch eine polnische Zeitung mehr in die Hand nehmen. Dann würden die Preußen mit uns Frieden schließen, dann würden sie uns als gleichberechtigte Bürger ansehen.

Das hat auch der konservative Redner, Abgeordneter v. Kardorff, ganz klar ausgesprochen. In der antipolnischen Politik wird erst dann Ruhe eintreten, wenn das Deutschtum im Osten, d. h. in den polnischen Landesteilen die Stellung errungen haben wird, welche die Regierung und alle Polenfreßer ihm sichern wollen! Also wenn sie uns völlig unterjocht und geknebelt haben werden und der siegreiche kreuzzitterliche Fuß uns völlig erdrückt haben wird, daß wir uns nicht mehr werden rühren können, dann wird Ruhe in der antipolnischen Politik eintreten.

Der Kampf bis zum Erfolg wird also weiter geführt werden, ein Kampf auf Leben und Tod, wie ihn die hoffärtigen Kreuzzitter gegen die polnische Nation geführt haben. Die heutige antipolnische Politik ist ein rücksichtsloser Kampf, der im Namen der Kultur das Werk der Vernichtung verbreitet, wie ehemals im Namen des Kreuzes. Wir sehen die überschwemmung der polnischen Fluren und hören die unheilvolle Losung: „herum, herum“, um das polnische Volk zu umringen und niederzuwerfen. Der Herrgott hat uns doch das

Daseinsrecht und die Kraft gegeben, diesen schrecklichen Ansturm erfolgreich zurückzuweisen. Wir verteidigen uns vor der Entnationalisierung erfüllt von tiefer Vaterlandsliebe zu dem Polen, nicht nur in seiner vergangenen Größe und heutigen Ohnmacht, sondern auch in seiner klaren, starken Zukunft.

Das kann uns weder ein Dallsitz noch ein Kardorff verwehren, denn das ist unser, von Gott verliehenes, angeborenes Recht. Und so wie unsere Vorfahren, die nicht nach Raub und Beute auf den Kampfplatz zogen, sondern in der Verteidigung der guten, gerechten Sache siegreich gekämpft haben, so werden auch wir uns vor dem Feinde nicht zurückziehen, sondern bis zum Erfolg um unsere Freiheit mit ihm kämpfen!

Aus Nr. 20 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 16. Februar 1911:

Ein

„Das Ehrenwort eines Polenfreßers“

überschriebener Artikel der Gazeta Grudziadzka, welcher sich mit der Person des Professors Bernhard befaßt, schließt wie folgt:

Eine sehr interessante Nachricht in dieser Angelegenheit bringt die süddeutsche „Frankf. Ztg.“, welche schreibt: (Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

Zur Schlichtung des Streites ist ein Ehrenrat eingesetzt worden, vor dem Bernhard feierlich erklärt hat, daß er gewisse Mitteilungen, wie sie in den Berliner Blättern über ihn erschienen sind, den Redaktionen nicht gemacht habe. Indessen hat sich infolge Unvorsichtigkeit des Redakteurs eines Berliner Blattes ergeben, daß die ehrenwörtliche Versicherung Bernhards den Tatsachen nicht entspricht. Und das war die Hauptursache des einmütigen Beschlusses, wie ihn die philosophische Fakultät an der Berliner Universität gefaßt hat, dem Minister mitzuteilen, daß Professor Bernhard der Achtung der philosophischen Fakultät unwürdig sei, und sie den Minister daher auffordern, die philosophische Fakultät von der Gegenwart des Professors Bernhard zu befreien. —

So unwürdig hat sich schließlich der bekannte Polenfreßer benommen, der es als seine Lebensaufgabe angesehen hat, im Solde der Polenfreßer zu stehen, und der, in der Absicht, ihr Wohlwollen zu gewinnen, unkulturelle, menschenfeindliche Ansichten ausgesprochen hat. Der moralische Verfall des Professors Bernhard beweist auch klar, von welcher Moral sich die größten Polenfeinde im Nationalitätenkampfe leiten lassen. Möchten doch solche Fälle öfter eintreten, damit sich die ehrbaren Deutschen schließlich überzeugen, auf was für morschen Pfeilern sich die preußische Polenpolitik stützt.

Aus Nr. 21 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 18. Februar 1911:

Bewahren wir die nationale Würde.

Die Entreißer unseres Landes sind in den Mitleiden nicht wählerisch, um die Polen auf ihre Seite zu ziehen. Sie wollen uns den Glauben, die Sprache und die nationalen Gebräuche rauben. Wir bedürfen eines starken Nationalbewußtseins und des Zusammenschlusses der Kräfte zur gemeinsamen Verteidigung unserer teuersten religiösen und nationalen Schätze. Viele Landsleute achten wenig auf ihre nationale Würde und übertreten unsere nationalen Gebote, nach denen wir handeln sollen:

1. Es kommt vor, was mit schweren Herzen hervorgehoben werden muß, daß unsere Kinder nicht polnisch lesen und schreiben können.
2. Wenn sich zwei Polen treffen, dann begrüßen sie sich häufig in deutscher Sprache. Das erniedrigt uns gegenüber den Fremden. Bleiben wir bei unserem alten „Niech będzie pochwalony Jezus Christus“ (Gelobt sei Jesus Christus), oder begrüßen wir uns mit den Worten „Dzień dobry“ (Guten Tag), „Dobry wieczór“ (Guten Abend), „Dowidzenia“ (Auf Wiedersehen), „Dobra noc“ (Gute Nacht).
3. Wenn man bei Polen anklopft, hört man als Antwort gewöhnlich „Hercin!“ Auch in dieser Beziehung muß eine Änderung eintreten. Ersetzen wir es durch das polnische Wort „Proszę“ (Bitte).
4. Waren müssen die Unsrigen nach Möglichkeit von den Ihrigen holen, damit sie bestehen können.
5. Es kommt vor, daß Polen, obwohl sie unabhängig sind, in Gegenwart von Deutschen deutsch reden, z. B. im Zuge, im Geschäft, auf der Straße usw. In dieser Beziehung muß eine Änderung eintreten. Nicht infolge Halsstarrigkeit, sondern im Interesse der Achtung für unsere Sprache müssen wir, wo es nur geht, polnisch sprechen.
6. Es kommt häufig vor, daß Polen im Laden eines Deutschen, obwohl dieser polnisch kann, deutsch sprechen. Warum geschieht es nicht anders. Die Leser polnischer Blätter müßten in dieser Beziehung das beste Beispiel geben und die weniger Aufgeklärten dazu anregen.
7. Wie viele polnische Väter gibt es, die polnische Blätter lesen, während der Sohn oder Tochter, welche von der neuzeitigen Kultur beleckt sind, ein deutsches Katantistenblatt halten. Möchten doch die Leser unseres Blattes ihren Kindern beizeiten angewöhnen, polnische Blätter zu lesen und zu lieben, dann werden sie an deutschen Blättern keinen Gefallen finden.
8. Die Polen genießen, was mit Scham hier angeführt werden muß, viel Schnaps. Möchten doch die Leser von Zeitungen anfangen in dieser Beziehung das beste Beispiel zu geben, denn der Schnaps ruiniert die Menschen gesundheitlich und materiell.
9. Das polnische Volk verunziert unsere polnische Sprache mit deutschen Wörtern. Wir müssen für die größte Reinheit der Sprache sorgen, und dazu wird es jeder eher bringen, je eifriger er den „Pielgrzym“ lesen wird.

Aus Nr. 20 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 16. Februar 1911:

Ein

„Der Wahlkampf in Ermland“

überschriebener Artikel schließt folgendermaßen:

Wie auch die Wahl in Ermland am 27. Februar ausfallen wird, unsere Sache wird jedenfalls einen großen Nutzen davontragen. Es würde uns ja zwar ungeheuer freuen, wenn wir auch in diesem Landesteil einen Reichstagsvertreter gewinnen könnten, doch wenn es nicht dazu kommt, werden wir den Mut auch nicht verlieren. Die Sicherheit können wir aber heute schon haben, daß jene zehn abgehaltenen und die noch stattfindenden Versammlungen nicht ohne Erfolg bleiben werden. Die zahlreiche Beteiligung an den Wahlversammlungen liefert uns den Beweis, daß unsere Landsleute in Ermland aus Werk gehen, daß sich dort der nationale Geist zu regen beginnt, und sobald der

Anfang da ist und der Funke des Nationalgefühls zu glimmen begonnen hat, dann wird er sich bald zu einem großen Feuer entwickeln, das keine preussische Bedrückung zu löschen imstande sein wird, im Gegenteil, sie wird es noch mehr anfachen. Ehre daher diesen Männern, welche die schwierige Arbeit der Aufklärung des Volkes begonnen haben, vor allen Dingen gebührt aber denjenigen Priestern Ehre, die sich offen auf die Seite des polnischen Volks gestellt haben!

Aus Nr. 15. des Mazur (Ortelsburg)
vom 19. Februar 1911:

In Ermland

Ist nun der dritte Geistliche offen zur Verteidigung des polnischen Volkes aufgetreten. Es ist das der **Propst Boetisch aus Kiewlen**. Die Zentrumsblätter greifen jene Geistlichen in unerhörter Weise an; sie lassen sich aber nicht einschüchtern, sondern treten auf den polnischen Versammlungen dreist in der Verteidigung des Polentums auf. Das sind wackere Geistliche. Und bei uns? Solche Geistliche, die gegen die Verdeutschung des polnischen Volkes auftreten, muß man bei uns mit der Laterne suchen. Dafür findet man aber die masurischen Geistlichen in den Vereinen der Sakatisten, den größten Feinden des Polentums. Oder so ein deutscher Masur, wie Herr Groß, der im 20. Lebensjahre polnisch gelernt hat, um das polnische Volk um so leichter dem Deutschtum in die Arme zu treiben, und der ein solches Vorgehen ein den Masuren geleisteten „Dienst“ nennt.

Aus Nr. 4 des Przeglad Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

Graudenz.

In der am 19. Januar d. J. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Stanisl. Majerowicz, Vorsitzender,
Mich. Skrzypczak, Schriftführer,
Wazlaw Nowak, Kassierer.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 21 des Glos Slaski (Gleiwitz)
vom 18. Februar 1911:

Die Stimme eines polnischen Priesters und die Zentrale der Zentrumsgeistlichen.

Von einem polnischen Geistlichen erhalten wir folgenden Artikel:

Während meines Aufenthalts im theologischen Studenten-Konvikt zu Breslau wunderte ich mich manchmal, wie die Kommilitonen, zukünftige Seelsorger der polnischen Bevölkerung, die aus Oberschlesien überwiegend von polnischen Eltern stammten, besonders aber Lehrer-söhne (deren Zahl ist im geistlichen Stande sehr groß) am heftigsten über ihre polnischen Kollegen herfielen. Es kam ihnen sonderbar vor, daß es noch solche gibt, die der polnischen Herkunft noch nicht entsagt und die schon in ihren jungen Jahren gezeigt haben, daß sie kein hin und her schwankendes Rohr sind.

Es gab manchmal, und zwar unter Kollegen, welche die Grundsätze der Nächstenliebe bekannten, heftige Kämpfe, als den Studenten die Lektüre des Katolik und Dziennik Poznański, der sogar in der königlichen Universitätsbibliothek ausliegt, verboten wurde. Einem Studenten der Theologie wurde sogar der Verkehr auf

einer Pfarrei verboten, weil der Pfarrer Pole war. Es gab also heftige Kämpfe, obgleich die Polen weiter nichts taten, als daß sie die Muttersprache ruhig studierten und — untereinander polnisch sprachen! O Entsetzen! In Breslau wagen es Studenten, polnisch zu sprechen! Und zu meiner Zeit gab es eine Menge Denunziationen, so daß uns geraten wurde, nicht einmal auf dem Korridor, um die anderen nicht zu reizen, polnisch zu sprechen. Wir reizten, das ist richtig, aber nur dadurch, daß wir Charaktere waren. Wir durften im Freien, außerhalb der Stadt, im Stillen polnisch sprechen, um niemanden zu reizen.

Der Rassenhaß ging soweit, daß einmal ein schöner Anschlagzettel des damals noch bestehenden (polnischen) Zirkels in kleine Stücke zerrissen wurde. Wir beschwerten uns bei dem Herrn Direktor, einem Geistlichen, mit dem Erfolge, daß uns geantwortet wurde, man dürfe die anderen nicht reizen.

Es ist richtig, wir reizten andere — zukünftige ober-schlesische Geistliche — durch polnischen Druck.

Wie schmerzlich ist das; das Herz wird einem gleichsam von einer Kugel durchbohrt!

Diese Studenten verließen das Konvikt, sie wurden Geistliche. Kein Wunder, daß sie den Kampf weiterführen möchten. Kann man denn die in den Studentenzahren gewonnenen Anschauungen plötzlich ändern? Ich sage nur soviel, daß unter unserem Klerus die Zahl solcher Männer wie Rassek, Feja usw. größer ist, als es scheint. Man muß die Augen nur offen halten. Diese anderen sind nur zurückhaltender, sie sind im Stillen, auf mildere Art tätig.

Aber von Zeit zu Zeit gelangt auch das Verhalten dieser in die polnischen Zeitungen. Dann gibt es ein großes Geschrei! Darf sich denn das Volk nicht wehren? Wo soll es Schutz suchen? Etwa beim bischöflichen Amt? Einzig und allein in den Zeitungen kann es seine Klagen vorbringen, denn die Zeitungen fürchtet man noch. „Daß dies bloß nicht in die Zeitung kommt“ — so sprach man im Konvikt zu Breslau, so spricht man auch anderswo. Sie schämen sich also noch, gegen die polnische Nationalität offen zu kämpfen. Ich rate, die Zentrumsgeistlichen möchten, anstatt fortwährend auf die polnischen Zeitungen dreinzuschlagen, sich sie näher ansehen, denn ich meine, es müßte ihnen mehr an dem Wohle der Kirche und ihrer Lehre, als an ihrer eigenen Person gelegen sein. Etwas weniger persönliche Gerechtigkeit!

Die zweite Ursache der Unzufriedenheit des Volks — ist die Furcht der Geistlichen vor der Regierung. Wenn das Volk Rücksichtnahme auf seine Rechte fordert, hört man immer wieder sagen: Was wird der Landrat dazu sagen? Was wird die Regierung dazu sagen? Berief man sich im Kulturkampfe auch immer auf die Regierung? Die Geistlichen wollten lieber ins Gefängnis gehen, als ihre Schäflein aus Angst verlassen. In einer Pfarodie wollten Leute ein steinernes Kreuz errichten und baten um eine polnische Aufschrift. Der Herr Pfarrer war in Verlegenheit und erklärte, die Aufschrift werde lateinisch sein, und er tat dies aus Furcht vor dem Bürgermeister. Die Geistlichen fürchten sich sogar vor dem Organisten. Das Volk beklagt sich, daß der Organist vom 1. bis zum 15. das Lied „O Maria, meine Freude“ und vom 15. bis 31. des Monats das Lied „Verlaß uns nicht“ spielt, aber die Geistlichen schweigen aus Furcht vor dem Organisten, erlauben, daß der so schöne Gesang, der anderswo gepflegt wird, und dessen Pflege anderswo gestattet wird, allmählich verschwindet, weil der Herr Organist im Sinne der Wünsche des Herrn Landrats handelt.

Dagegen müßten die Geistlichen protestieren.

Der hl. Vater Gregor XVI. erließ seiner Zeit, durch den Russen in Schrecken gesetzt, nach dem Aufstand eine den Polen grollende Enzyklika. Diese rief unter den stets der Kirche so treuen Polen Erbitterung hervor. Die polnische Nation fühlte, daß es leicht sei, Unglückliche, Verlassene mit Füßen zu treten, und sie empfand dies umso schmerzlicher, weil dies vom Apostolischen Stuhl kam, von dem sie Teilnahme erhoffte. Denn schlecht informiert und durch die Macht des russischen Zaren Nikolaus in Schrecken gesetzt, fügte der Papst der polnischen Nation ein Unrecht zu. Aber der heilige Vater überzeugte sich bald, daß er von dem Russen irregeführt worden sei, und beschloß, das Unrecht wieder gutzumachen. Er stellte sich auf die Seite der Bedrückten. „Ich sagte ihm (Nikolaus) das, was mir der hl. Geist diktiert hat —“ und Nikolaus verließ die päpstlichen Gemächer wie ein begoffener Pudel.

Ich habe diesen Vorfall zur Information der Zentrumsgeistlichen angeführt. Mögen sich nun diese Geistlichen fragen, ob sie nicht selbst schuld daran sind, wenn sie auf die Regierung, auf die Deutschen, die manchmal die Kirche nur an des Kaisers Geburtstag besuchen, mehr Rücksicht nehmen, als auf ihre polnischen Parochianen. Das Volk verlangt, wenn es sich verfolgt und bedrückt sieht, von seinen Seelsorgern väterliche Liebe. Und diese Liebe offenbart sich auch in der Berücksichtigung seiner berechtigten Forderungen in der Kirche. Was würden die Deutschen sagen, wenn ein Geistlicher in Deutschland polnische Fahnenaufschriften in deutschen Gegenden stecken ließe; Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten, aber auch der Kirche. Und die deutsche Sprache ist noch nicht Kirchensprache. Es entrüsteten sich diejenigen, die sich schon als Studenten über ihre akademischen Mitbrüder entrüstet haben; ich sage, sie entrüsteten sich heut, nachdem sie die Priesterwürde erlangt, über ihre Konfraters, die sich trotz der Gegenströmung von oben nicht fürchten, Polen zu sein.

Ich wollte in diesem Artikel nur dartun, daß die Zentrumsgeistlichen zum großen Teil kafatistischen Anschauungen huldigen. Das Volk fühlt dies. Die katholische Kirche ist die allgemeine Kirche, in welcher das kleinste Nationchen seinen Platz hat und Berücksichtigung findet. Die katholische Kirche ist keine Staatskirche.

Die Geistlichen der Zentrale protestierten gegen die polnischen Zeitungen und erklärten ihnen den Krieg. Meines Erachtens wäre es besser und billiger, sie legten sich die Frage vor: Warum ergreift denn das Volk in den Zeitungen gegen seinen Geistlichen so oft das Wort? Ich antworte den geistlichen Konfraters mit dem einen Satz: Das Volk fühlt, daß sich Männer wie Ruffak unter dem Klerus mehren. Zentrumsgeistliche, protestiert gegen eure Konfraters, wie Ruffak! Kein einziges Wort des Tadelns vernehme ich darüber aus eurem Munde, denn es gibt unter euch auch solche, die das Verhalten solcher Ruffaks im Innern des Herzens billigen oder nicht den Mut haben, gegen diese Strömung aufzutreten.

Das Volk fühlt dies, denn es sieht Geistliche, die einem nach dem Winde sich bewegenden Rohre ähnlich sind. Warum kämpfte unser Volk während des Kulturkampfes mit seinen Geistlichen Schulter an Schulter? Um die Freiheit der katholischen Kirche! Das scheint sich mehr und mehr zu verlieren, und die Einflüsse der Regierung wirken immer mehr ein.

Die grimmigsten Feinde der Kirche kämpfen auch am grimmigsten mit dem Polentum. Ziemt es den katholischen Geistlichen, die Augen dazu zu verschließen? Videant consules — daß die Geistlichen in dem stillen Kampfe gegen die Kirche, indem sie dem Feinde

folgen und ihre Schäflein verlassen, nicht abseits stehen möchten.

Geistliche Konfraters von der Zentrale, protestiert, aber an der richtigen Stelle!!

Geistlicher . . . s.

Aus Nr. 38 des Kurjer Slaski (Zabrze)

vom 16. Februar 1911:

Veröhnungspolitik und positive Arbeit.

Unter dieser Überschrift schreiben die Katolik-Blätter u. a. folgendes:

Was ist Veröhnungspolitik und Veröhnlichkeit?

Darüber müssen wir uns vor allem klar werden, um die Leere der von manchen sogenannten nackten und gedankenlosen Politikern gebrauchten Redensarten und Reden beurteilen zu können.

Der verstorbene Johann Ludwig Poplawski, der Schöpfer der national-demokratischen Partei und ihres Programms, definiert die Veröhnungspolitik in folgender Weise:

„Diejenige Richtung der Programme und Bestrebungen, der Denkart und öffentlichen Tätigkeit, die man in allen drei Teilgebieten in Ermangelung einer anderen passenden Bezeichnung mit dem Namen Veröhnung bezeichnen kann, hebt als die Hauptaufgabe der nationalen Politik als ihren wichtigsten, sogar ausschließlichen Zweck, die Regelung des Verhältnisses der polnischen Volksgeamtheit zu den fremden Regierungen hervor.“

Demnach ist nach dem Urteil des Vaters der Nationaldemokratie diejenige Politik veröhnlich, die als ihren vornehmlichsten Zweck die Regelung des Verhältnisses der polnischen Volksgeamtheit zu den Annexionsstaaten betrachtet und die in der Regelung dieses Verhältnisses die Quelle sieht, aus welcher Leben für die polnische Nation fließt. Wenn solche Bestrebungen Veröhnungspolitik sind, so gibt es in Oberschlesien keine Veröhnungspolitik, weil weder wir noch andere eine solche Politik treiben. Wir wenigstens sehen nur in unseren eigenen Kräften, insbesondere aber in der Kraft der breiten Volksmassen die Existenz der polnischen Nation; von der Tüchtigkeit dieser Kräfte hängt die Zukunft der Nation ab. Die Hauptaufgabe eines gewissenhaften polnischen Politikers ist also unablässige und beharrliche Arbeit an der Stärkung und Vermehrung unserer nationalen Kräfte.

Unser Verhältnis zum preussischen Staate ist heut für jeden Menschen klar und einfach. Wir leben in einem Verfassungsstaate, obgleich diese Verfassung beschränkt und der Konstitutionalismus von selbst uns die Pflicht auferlegt, daß wir uns von unserem Verhältnis zu ihm Rechenschaft ablegen. Wir rechnen mit der Wirklichkeit, mit den vorhandenen staatsrechtlichen Verhältnissen, und obgleich uns die politische Wirklichkeit nicht gefällt, berücksichtigen wir ihre unabwiesbaren Forderungen. Wir nehmen am Verfassungsleben teil, wir machen von allen uns durch die Verfassung verliehenen Rechten Gebrauch, und es ist unsere Pflicht, von ihnen Gebrauch zu machen, aber dafür müssen wir auch alle Pflichten erfüllen, welche die Verfassung den Staatsbürgern auferlegt, denn sonst würden wir uns außerhalb des Rahmens der Verfassung stellen, der aus ihr entspringenden Rechte uns begeben und der polnischen Volksgeamtheit das größte Unrecht zufügen. Ein solcher Standpunkt bedeutet keineswegs, daß wir dadurch die Bestrebungen des Staates billigen, als die unsrigen ansehen und die Staatspolitik den Interessen der polnischen Volksgeamtheit unterordnen.

Aus dieser Voraussetzung geht auch die Stellung der polnischen Fraktion klar hervor. Für uns Polen ist die polnische Fraktion die Vertretung der polnischen Nation in Berlin, und die erste und letzte Aufgabe ihrer Politik ist die Verteidigung der polnischen Interessen, die der einzige Fingerzeig ihres politischen Kompasses sind. Die polnischen Interessen bei uns im polnischen Teilgebiet aber sind die Interessen der breiten Volksschichten. In der Vorstellung der Deutschen und in dem Organismus der politischen Parteien im Reichs- und Landtag ist die polnische Fraktion in formeller Beziehung ebenso eine politische Partei, wie die anderen Parteien, und die polnischen Abgeordneten können ihre Abgeordnetenrechte nur aus der Verfassung herleiten, und im Rahmen dieser Verfassung arbeiten und unsere Nation zu verteidigen.

Wir nehmen am Verfassungsleben teil, wir gehören dem preussischen Staate und dem deutschen Reiche an, und darum darf uns keine politische Angelegenheit in diesen Staaten fremd sein, denn jede Angelegenheit betrifft mittelbar oder unmittelbar auch die polnische Volksgesamtheit. Für uns gibt es „rein deutsche Angelegenheiten“ nicht und kann es nicht geben, den alle gehen bis zu einem gewissen Grade auch uns an. Darum haben unsere Abgeordneten die Pflicht, an allen diesen Angelegenheiten tätigen Anteil zu nehmen und mitzuarbeiten, aber sie müssen auch stets das mittelbare oder unmittelbare polnische Wohl im Auge haben. Eine solche Beteiligung an allen parlamentarischen Angelegenheiten zum Wohle der polnischen Volksgesamtheit nennen wir positive Arbeit, die doch der polnischen Nation niemals schadet, sondern im Gegenteil nur Vorteile bringen kann.

Wenn die polnischen Abgeordneten an diesen Arbeiten deshalb teilnehmen würden, um sich bei dem Herrscher, der Regierung und den deutschen Patrioten beliebt zu machen, dabei ihre Hauptaufgabe, der polnischen Nation zu dienen, vergessend, müßten wir einen solchen Standpunkt als unwürdig und schädlich erachten. Diesen Vorwurf hat gegen die polnische Fraktion bisher niemand erhoben und kann auch niemand erheben.

Die polnische Fraktion in Berlin ist auf der parlamentarischen Arena nur eine Fraktion, wie jede andere, deren Einfluß von ihrer zahlenmäßigen Stärke, von der Fähigkeit ihrer Mitglieder und der Gewandtheit ihrer Taktik abhängt. Und taktische Gründe gebieten ihr, im Bedarfsfalle zur Durchführung ihrer Ziele Bundesgenossen zu suchen. Dies tun sogar stärkere Parteien, weil sie sonst nichts erreichen, nichts ausrichten, nicht einmal Übles verhindern können.

Ein politisch geschulter Mensch blickt, wenn er von Vorwürfen über die Versöhnlichkeit und über die Schädlichkeit der positiven Arbeit liest, mit einem gewissen Mitleid auf die Helden der Phrase und leerer Lösungen herab, und dieses Mitleid ist umso größer, wenn er sieht, daß gerade diesen Helden der Phrase sehr nahestehende Abgeordnete die polnische Fraktion seinerzeit zu den politischen Schritten getrieben haben, die sie heut als versöhnliche Schritte brandmarken.

Aus Nr. 39 des Kurjer Ślaski (Zabrze)

vom 17. Februar 1911:

Ist die Gründung der polnischen Partei in Schlesien eine Hemmung der freien nationalen Bewegung und ein Rückschritt?

Im politischen Leben geschieht es oft, daß ein angeblicher Politiker, der den Wald trotz seiner vielen Bäume nicht sehen kann, seinem Kopfe und anderen

irgendwelche riesenhaften Hindernisse für die vitalen Angelegenheiten einredet, obgleich in Wirklichkeit Hindernisse nicht vorhanden sind. Da er zur mühsamen praktischen Arbeit nicht greifen und sein politisches Leben auf bequeme und billige Weise andeuten will, bildet er sich in seiner Vorstellung ein großes Gespenst, bringt es unter die Leute, kämpft mit ihm und regt andere zum Kampfe an, wie der spanische Ritter Don Quichotte, der, als er auf seinen Wanderungen Rittern begegnete, sie für Windmühlensflügel hielt und mit ihnen heftige Kämpfe ausfocht.

Politisch nicht geschulte Menschen glauben manchmal solchen falschen politischen Rittern, bis sie sich erst später zu ihrer großen Enttäuschung überzeugen, daß sie ihre Kräfte zum Kampfe mit einem über das Feld dahinbrausenden Sturme aufgeboden und verschwendet haben. Aber der falsche Ritter hat sein Dasein angedeutet und galt einige Zeit hindurch als Held.

Wer eine Reihe von Jahren für die öffentliche Sache in Oberschlesien mit Aufopferung gearbeitet und unsere bedauernswerten und traurigen Verhältnisse kennen gelernt hat, der wird sich nicht im Ausland Verstand holen, um zu verstehen, was uns vor allen Dingen nottut. In politischer und bürgerlicher Hinsicht tut uns Oberschlesien vor allem politische Schulung, Sammlung unserer zerstreuten und leider durch kein starkes Band verknüpften Kräfte not, es tut uns politische Selbständigkeit not, damit wir in allen Gemeinden und Pfarochien Oberschlesiens aufgeklärte Männer hätten, die unsere nationale und politische Aktion leiten könnten.

Die nationale Bewegung in Oberschlesien feierte während der Reichstagswahlen in den letzten Jahren wahre Triumphe, die alle blendeten, weil sie ein Beweis des kollektiven Willens und der kollektiven Bestrebungen des wahren Volkes waren, für welches niemand eine Arbeit verrichtete, welches sogar niemand mit dem lebendigen Worte zum Kampfe aufzuern konnte, weil es uns an Kräften zu gemeinsamen Beratungen und Ermunterungen fehlte.

Die Intelligenz in Oberschlesien ist gering an Zahl; bei uns ist es nicht so wie im Großherzogtum Posen und in Westpreußen, wo das Volk seine Führer in der Geistlichkeit, in der weltlichen Intelligenz und unter den Großgrundbesitzern hat, die ihm nicht nur mit Rat zur Seite stehen, sondern in diesem Kampfe auch das Kommando innehaben. Aber nichtsdestoweniger verstand unser Volk die nationale und politische Bedeutung der Wahlkämpfe, es offenbarte sich sein kollektiver Wille, es entluden sich in herrlicher Weise die nationalen Gefühle dieses unseres Volkes in diesen ersten Zeiten.

Aber in Oberschlesien fehlt es uns an der kleinen, unablässigen und durch einen Plan von vornherein eingeteilten nationalen und politischen Arbeit, die uns vor allem nottut, die die Schule für die bürgerliche Schulung des Volkes sein, die ein starkes und festes Fundament für unsere nationale und politische Existenz in Oberschlesien schaffen soll. Ohne dies kann die nationale Arbeit in Oberschlesien weder achtungsgebietende noch die erwünschten Erfolge zeitigen, ohne dies können wir unangenehme Überraschungen und nationalen und politischen Verlusten ausgesetzt sein. Der jedesmalige Kampf bei den Reichstagswahlen durchackert gleichsam unseren nationalen Grund und Boden, aber in diesen so durchackerten Boden muß die Saat der nationalen Arbeit hineingestreut, sie muß gepflegt werden, wenn sie aufgeht, und geerntet werden, wenn die Zeit kommt.

So geschah es bisher in Oberschlesien leider nicht. Nach den vollzogenen Wahlen trocknete die durchackerte Scholle gewöhnlich aus und wurde hart, niemand richtete systematische Arbeit, und kaum nur einige unserer Politiker beriefen Versammlungen ein und ermunterten das Volk zur Arbeit und Ausdauer.

Indes schlich der Feind infolge unserer Saumseligkeit und Unfähigkeit sogar in unsere Häuser ein. In den Gemeinden, den Kirchenvorständen und Kirchenräten herrscht unumschränkt die deutsche Minderheit, die sogar unsere Fonds zur Verdrängung des Polentums und der polnischen Kultur verwendet.

Die Sammelpunkte unserer nationalen Arbeit — unsere Vereine — führen ein schwindsüchtiges Dasein, statt dessen aber verweilen Tausende und Abertausende unserer Brüder in den Kreisen unserer Gegner und gehen für das Polentum verloren. Infolge der nationalen Nachlässigkeit und Erkaltung der Eltern unterliegen unsere jungen Geschlechter den germanisierenden Einflüssen der Schule, eines Teils der Geistlichkeit, der Vorgesetzten usw. Mit einem Worte, wo wir nur hinschauen, sehen wir, daß unser Vaterland zusammenschrumpft, daß sich mit unseren Blute diejenigen mästen, die auf unsere Vernichtung hinarbeiten.

Es tut uns nationales Erwachen und nationale Schulung in den breitesten Schichten not. Und diese Schulung des Volks kann nicht so sehr während der alle 5 Jahre stattfindenden parlamentarischen Wahlen vor sich gehen, sondern auf der unteren Stufe des politischen Lebens, bei der Arbeit in Gemeinde und Parochie. Diese Arbeit schätzt unser Volk im allgemeinen gering, und es ist sich über ihre Wichtigkeit nicht klar, obgleich sie von wichtigerer und größerer Bedeutung sowohl in nationaler und politischer als auch in öffentlich erzieherischer Beziehung ist.

Dieser mühsamen und kleinen Arbeit auf der untersten politischen Stufe, dieser nationalen und politischen Erziehung, dieser bürgerlichen Schulung der vereinten Volksmassen soll sich die „Polnische Partei in Schlesien“ annehmen, wie dies in der ersten Versammlung in Königshütte betont wurde. Und da die Partei zu diesem Zweck gegründet worden ist und sich diese Aufgabe gestellt hat, so kann kein verständiger Mensch auf die Partei mit Steinen werfen, sondern es ist vielmehr jedes ehrlichen Polen Pflicht, solche Bestrebungen erfolgreichst zu unterstützen. Eine solche Arbeit müssen alle unterstützen, und wir bemerken nur nebenbei, daß der Schöpfer der Nationaldemokratie Johann Poplawski gerade diese Arbeit inmitten des Volks als die wichtigste und ertflächigste ansah. Dieser Arbeit sollte sich der demokratische Verein unterziehen, aber es vergingen Jahre, er gab kein Lebenszeichen von sich und vergaß seine Versprechungen. Natürlich konnte nicht gewartet werden, bis diese Herren diese Arbeit in Angriff nehmen werden. Darum mußte ein entschiedener Schritt getan und diese Arbeit selbst gegen ihren Willen begonnen werden.

Es ist klar und einfach, — daran darf kein ehrlicher Mensch zweifeln — daß sich die Arbeit der polnischen Partei in Schlesien auf echt nationalem Boden bewegen, die nationale Bewegung, welche die ganze polnische Nation belebt und ihre Seele ist, umfassen wird. Wer es wagt, der polnischen Partei versteckt Absichten unterzuschleichen, daß sie Schlesien von unserem übrigen Vaterland abschneiden, oder irgendwelche künstliche Linien auf unserem nationalen Körper ziehen will, der sucht absichtlich Angriffe oder hat, wie der verstorbene Don Quichotte, sich Gespenster geschaffen, mit denen er kämpft, um sein politisches Dasein durch solche Manöver anzudeuten, da er sonst der Aufmerksamkeit der Welt entgehen würde.

Und wenn für Schlesien als solches eine polnische Partei gegründet wurde, so wurde dies deshalb getan, weil Schlesien im Vergleich zu Großpolen oder der Fremde so ganz verschiedene Verhältnisse aufweist, daß dies aus rein praktischen Gründen getan werden mußte, um die oben gekennzeichneten Ziele, die sich die Partei gesteckt, auch wirklich zu erreichen. Diese Gründe als

nur billig anerkennen kann nur ein böswilliger Mensch oder verknöchert „Denker“, der sich ärgert, daß der Organisation nicht sein Parteistempel aufgedrückt wurde, oder schließlich ein Kandidat für einen Politiker, der unsere Verhältnisse noch nicht zu erkennen vermochte, was wir in seinem Interesse als wahrscheinlich annehmen wollen.

Aus Nr. 43 des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 22. Februar 1911:

Gibt es eine Versöhnungspolitik und wo sind die Versöhnungsparteiler?

In verflossener Woche haben wir dargelegt, daß es manchmal sogenannte Politiker gibt, die ihre politische Existenz durch nichts anderes andeuten können, als durch Anwendung von Phrasen, deren Inhalt längst verflogen ist. Diese Phrasen waren einst vor Jahren Losungen voll ernstest Inhalts, Losungen, die ernste politische Richtungen andeuteten, um welche unsere Volksgesamtheit heftige Kämpfe führte. Der Kampf wurde entschieden, der Inhalt der Losungen ist verflogen und die leere Phrase geblieben. Und aus solchen leeren Phrasen wollen heute manche Leute ein politisches Fundament bauen. Dieses Spiel würden wir nicht stören, wenn man zum Bau dieses Fundaments als Zement nicht bewußt oder wahrscheinlicher aus Unkenntnis insbesondere über uns ausgestreute Unwahrheiten verwenden würde. Wir befassen uns mit ihnen nur deshalb, damit nicht Legenden und Märchen entstehen, an welche politisch ungeschulte Leute glauben könnten, und damit sich diese nicht verwirren, denn es ist schade um jede polnische Seele, die auf Abwege gerät.

Wir definierten die Versöhnungspolitik als die Bestrebungen derjenigen Leute, die an die erste Stelle ihres Programms die Regelung des Verhältnisses der polnischen Volksgesamtheit zum Annexionsstaate setzen und nach der Regelung dieses Verhältnisses in der Annexionsregierung die Quelle des Lebens für unsere Nation erblicken.

Darauf wurde uns erwidert, daß es gerade in Oberschlesien solche Versöhnungspolitiker gibt, die unser Verhältnis zum Staate durch die sogenannte positive Arbeit regeln, und daß diese positive Arbeit so dargestellt wird, als ob gerade die schlesischen Politiker in Berlin danach streben, daß die polnischen Abgeordneten in Berlin stets für die Vorlage der Regierung und der Regierungsparteien, d. h. für die Anträge des Zentrums und der Konservativen stimmen sollen. Diesen unseren Politikern wird der Vorwurf gemacht, daß sie alle paar Wochen die polnische Fraktion zu bewegen suchen, sich vor der Regierung zu verbeugen und sich dem Zentrum und Konservativen aufzudrängen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob diese Anträge für unsere Volksgesamtheit nützlich oder schädlich sind. — Diesen unseren Abgeordneten wird also vorgeworfen, daß sie die Verbeugung vor der Regierung und den Konservativen höher bewerten als die Verteidigung der Interessen der polnischen Nation. Hinter dem Zaune, wie es vor einer Strafe sich fürchtende Kinder machen, aus dem Versteck wird, da man nicht den Mut besitzt, Namen zu nennen, mit dem Finger gezeigt, daß die Triebfeder dieser — nennen wir es mit dem richtigen Namen — verräterischen Arbeit Abgeordnete sind, die ganze Jahre hindurch im Reichstage keine einzige Rede halten, aber so große Einflüsse besitzen, daß sie alle politischen Pläne schmieden und andere sie ausführen. Jedes kleine Kind weiß es, wer damit gemeint ist.

Sehen wir uns diese die Veröhnungspolitik betreffenden Vorwürfe näher an! Diese Vorwürfe begann man zu erheben, als im Reichstage die sogenannte Finanzreform beschlossen wurde, wozu auch die polnische Fraktion beigetragen hat, um den grimmigsten Feind der Polen, Bülow, zu stürzen, der die schon leeren Kassen der Ansiedlungskommission mit neuen Fonds gefüllt, der uns mit der Novelle zum Ansiedlungsgesetz, mit dem Enteignungsgesetz und dem Maulkorbparagrafen bedacht hat. Unser Standpunkt in der Finanzreform ist bekannt, wir brauchen ihn nicht wieder darzulegen. Die Politik der polnischen Fraktion in der Finanzreform nennt man ebenfalls eine Verbeugung vor der Regierung und ein Sichaufdrängen dem Zentrum und den Konservativen. Aber fragen wir, wer es bewirkt hat, daß die polnische Fraktion in der Finanzreform eine solche und nicht eine andere Stellung eingenommen hat? Die Herren Nationaldemokraten waren es, die heute in der Welt herumgehen und das Veröhnungsgespenst umhertragen. Hat doch der Posener nationaldemokratische Verein seinen Mitgliedern eine solche Marschroute vorgegeschrieben, und die gewichtige und salbungsvolle Stimme des nationaldemokratischen Abgeordneten Seyda überwog die in der Fraktion schwankende Wagschale nach der Seite, welche die Mehrheit der polnischen Fraktion einschlug. Das Hauptorgan der Nationaldemokraten watete in dieser Richtung immer weiter und machte erst eine Wendung, als es von einem bekannten, heute aber von ihm sehr gehaßten schlesischen Abgeordneten gebremst wurde. Also nicht schlesische Abgeordnete rissen die Fraktion zu dem Schritte fort, den die Nationaldemokraten heute einen veröhnlichen nennen, sondern die Nationaldemokratie selbst tat dies. Heute streitet sie das ab und schiebt die Schuld gleich einem vor der Strafe sich fürchtenden Kind anderen zu.

In Sachen der Erhöhung des Gehalts des Königs, die eine rein politische Bedeutung hat und in finanzieller Hinsicht gleich Null ist, weil die Steuern dadurch nicht erhöht werden, ist unser Standpunkt bekannt. Wir billigten die Erhöhung nicht, sondern wir verurteilten sie. Es ist übrigens bekannt, wie der Beschluß zustande kam; die Mehrheit unserer Abgeordneten war dagegen. Als aber diese Angelegenheit im Landtage verhandelt wurde, war damals in Berlin ein Abgeordneter, welcher denjenigen sehr nahe steht, die heute die Veröhnungspuppe in Schlesien herumtragen, um die kleinen politischen Kinder zu schrecken, und jener Abgeordnete nickte mit dem Kopfe. Da er aber in Berlin sehr selten sieht und von der parlamentarischen Maschine keine Ahnung hat, mußte er nicht, wie dieser Standpunkt der Fraktion zu verhindern sei, obgleich dies möglich und ausführbar war. Also wiederum ein Nationaldemokrat trug dazu bei, und zwar ein solcher, der heute das größte Geschrei erhebt. Warum schlägt er sich nicht an die Brust und bekennt seine Schuld?

Damals hätte er dies doch verhindern können, denn ihm waren weder die Großmutter gestorben, noch die Eisenbahnschienen in die Brüche gegangen, aber er kennt einfach die parlamentarische Praxis nicht und hat im Landtage nichts gelernt; die Abgeordnetenwürde schmeichelt ihm zwar, aber die Abgeordnetenarbeit haßt er.

Der hauptsächlichste und am meisten schreiende Feind, mit welchem die Nationaldemokraten jetzt die Veröhnungspuppe aufgezogen haben, ist die Staatsrede des Grafen Mielzynski. Sie reden dem Volk ein, daß diese Rede ein schlesischer Abgeordneter ausgearbeitet und Graf Mielzynski sie nur gehalten habe. Dies ist eine Unwahrheit und eine der Wahrheit widersprechende Behauptung. Kein schlesischer Abgeordneter hat Herrn

Mielzynski die Rede ausgearbeitet, vielmehr schlugen die schlesischen Abgeordneten andere Pläne zu der Staatsrede vor. Wir billigten die Rede des Grafen Mielzynski nicht, wir betonten vielmehr in einem Leitartikel unseren abweichenden politischen Standpunkt. Zur Bezeugung der Wahrheit stellen wir übrigens fest, daß Graf Mielzynski nicht gesagt hat, er stehe „vor den Regierungstoren“ und „warte“. Es ist nicht wahr, daß er erklärt hat, die Polen seien zur Bekämpfung der deutschen Opposition, d. h. der den Regierungsparteien und der Regierung entgegenstehenden Parteien bereit. Graf Mielzynski erklärte, die Polen seien zur Mitarbeit für das Wohl der Allgemeinheit bereit und würden die Negation, d. h. eine solche Politik bekämpfen, die nichts Rechtsschaffenes erreichen will, sondern aus agitatorischen Gründen unausführbare und uferlose Forderungen aufstellt, wie die Sozialdemokraten. In dieser Beziehung hatte der Abgeordnete Mielzynski vollkommen recht, und dies wird besonders jeder einräumen, der mit den Sozialdemokraten praktisch kämpft, vor allem aber werden dies die Führer der polnischen Berufsvereinigung zugeben. In Versammlungen rühmen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten stets dessen, daß ihre Abgeordneten am meisten gefordert hätten, aber sie sagen dem Volk nicht auch das, daß sie das bekämpft haben, was sich für das Arbeitervolk erreichen ließ, sie sagen nicht, daß sie bei Aufstellung ihrer Forderungen von vornherein gewußt hätten, diese Forderungen würden Forderungen auf dem Papier bleiben und dem nach Verbesserung seines Loses lechzenden Arbeiter weder einen Buchstaben mehr Recht noch einen Brotbissen mehr geben. Eine solche Politik heißt Negation, die etwas ganz anderes ist als die Opposition. Politik ist die Kunst zu erreichen, was unter den gegebenen Umständen erreichbar ist, Politik ist nicht die Geschicklichkeit, Forderungen aufzustellen, denn diese Geschicklichkeit besitzt auch der Dummste.

Außer den Sozialdemokraten betreibt in den Berliner Parlamenten keine Partei Negation, und die sogenannten Oppositionsparteien, zu denen auch die polnische Fraktion gehört, machen nicht Opposition der Opposition wegen, sondern sie widersetzen sich nur denjenigen Regierungsentwürfen, die sie für die Bevölkerung als schädlich ansehen. Diesen Weg schreitet die polnische Fraktion und sie muß ihn schreiten. Wenn sie bisweilen sieht, daß etwas schlecht geschieht, muß sie zwischen zwei Übeln dasjenige wählen, welches den Interessen des polnischen Volkes am wenigsten schadet; denn nicht die Gunst der Regierung, sondern das Wohl des polnischen Volkes ist der Zweck der Politik der polnischen Abgeordneten.

Sehen wir uns weiter die Wertzuwachssteuer näher an, mit der sich in letzter Zeit der Reichstag befaßt hat. Um kleine und nebensächliche Dinge, wie die Befreiung des preussischen, des sächsischen Königs und der übrigen regierenden Fürsten, von der Zahlung dieser Steuer hier zu streiten, lohnt nicht. Der Fiskus würde einmal dabei nicht viel, fast garnichts gewinnen, weil die regierenden Fürsten selten Grundstücke verkaufen. Zweitens beschloß die polnische Fraktion einstimmig einschließlich der Nationaldemokraten, sich aus taktischen Gründen der Abstimmung zu enthalten. — Wer dem Volke die Sache so darstellt, daß unsere Abgeordneten grundsätzlich Gegner der Besteuerung der regierenden Fürsten seien, daß sie deren Interessen über das Wohl des polnischen Volkes stellten, der treibt bewußt Demagogie, d. h. er nährt das Volk, schmeichelt ihm, um es für sich zu gewinnen; denn die Abgeordneten enthielten sich gerade im Interesse des polnischen Volkes der Abstimmung. In Sachen der Wertzuwachssteuer waren die schlesischen

Abgeordneten grundsätzlich Anhänger dieser Steuer, weil sie nur diejenigen belastet, die zahlungsfähig sind. Wenn sie sich nicht für die Steuer erklärt haben, so taten sie dies nur deswegen, weil in dem Entwurf Vorschriften enthalten waren, die zum Schaden der polnischen Bevölkerung ausgebeutet werden konnten. Die Nationaldemokraten, die sich ursprünglich gegen die Finanzreform, weil sie indirekte die breiten Massen des Volks belastende Steuern enthielt, erklärt hatten, bekämpften die Wertzuwachssteuer leidenschaftlich und grundsätzlich, obgleich sie nur die Schultern der Reichen und Wohlhabenden belastet. Kann man die Nationaldemokraten angesichts eines solchen Verhaltens eine Volkspartei nennen? Jedermann wird mit nein antworten, denn eine Volkspartei kann eine solche Politik nicht treiben.

Die Nationaldemokraten sagen, manche Abgeordnete hätten bei der Beratung des Entwurfs betreffend den Wertzuwachs für die Befreiung der regierenden Familien von dem Grundsteuerstempel gestimmt, und rufen jubelnd aus: „Also der gewöhnliche Sterbliche kann solche Steuern zahlen, aber die regierenden Familien haben keine Mittel hierzu.“ Aber meine Herren! Das ist nicht wahr! Die polnischen Abgeordneten enthielten sich jetzt bei dieser Abstimmung schließlich alle aus taktischen Gründen der Stimmenabgabe.

Indes dürfen die Nationaldemokraten erst dann solche Vorwürfe erheben, wenn sie selbst ein reines Gewissen haben und ohne Sünde sind. Und dem ist nicht so. Bei der Finanzreform stimmten die nationaldemokratischen Abgeordneten mit Ausnahme eines einzigen Abgeordneten, der sich damals zu ihnen noch nicht zählte, ohne Bedenken für die Befreiung nicht nur der regierenden Familien, sondern auch der Bundesstaaten, also auch Preußens und damit auch der Ansiedelungskommission von Umsatzsteuern. Wir raten also diesen Herren, größere Mäßigung zu üben, damit wir nicht noch stärkere Lichtstrahlen auf die Politik der Nationaldemokratie und auf ihren „völkischen“ Charakter werfen.

Wir behaupten, daß es eine Versöhnungspolitik in Oberschlesien nicht gibt, wenn aber die Nationaldemokraten manche opportunistische Taten der Mehrheit der polnischen Fraktion als Versöhnungspolitik bezeichnen, so stellen wir fest, daß für diese „Versöhnungspolitik“ die Verantwortung in erster Reihe auf die Nationaldemokraten fällt.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

Beuthen.

In unserem Verein ist eine wichtige Änderung eingetreten. In der außergewöhnlichen Generalversammlung, die am 25. August v. J. stattfand, sind die bisherigen Satzungen geändert worden. Der Verein hat selbst politischen Charakter angenommen und ist am 1. Oktober aus der Vereinigung junger Kaufleute in Posen ausgetreten. Von dieser Zeit ab ist unser Verein selbständig, seinen bisherigen Namen (Verein junger Kaufleute) behält er jedoch bei.

Der gegenwärtige Vorstand besteht aus folgenden Personen:

Viktor Nowakowski, Vorsitzender,
Maciejczyk, Stellvertreter,
Godula, Schriftführer.
Kurator des Vereins ist Herr Viktor Reklaff.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

Beuthen D.-Schl.

In der am 26. Januar d. J. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Maciejczyk, Vorsitzender und Kassierer,
Nowakowski, Stellvertreter,
Godula, Schriftführer und Bibliothekar.
Als Kurator verbleibt weiterhin Herr Reklaff.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

Rattowitz.

In der am 29. Januar d. J. abgehaltenen Jahreshauptversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Goderski, Vorsitzender,
Cichocki, Schriftführer,
Kojzutski, Kassierer.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 19 des Narodowiec (Herne)
vom 14. Februar 1911:

Die „polnische Seuche“ in Westfalen.

In Berlin finden gegenwärtig die Beratungen des „Preussischen Landes-Ökonomie-Kollegiums“ statt. Am Sonnabend beriet man über die Landarbeiterfragen und beklagte sich, daß die Arbeiter aus dem Osten immer mehr im Westen Arbeit suchten, und daß man überall Arbeitermangel feststellen könne, mit Ausnahme jener Landesteile, in welchen die polnische Bevölkerung überwiege.

Nach weiteren Klagen über Arbeitermangel, gelegentlich welcher sogar bemerkt wurde (Graf Rantzau-Rastorf), daß im Falle ungenügender Zufuhr von Arbeitern aus dem Königreich Polen und aus Galizien man Chinesen und Neger zur Feldarbeit würde importieren müssen, ergriff Ministerialdirektor Dr. Thiel das Wort.

Dieser Redner wandte sich gegen die Einführung von Negern und Chinesen, sowie auch gegen jene, die die ausländischen Arbeiter in der Industrie beschäftigen möchten. Seine Rede schloß der Ministerialdirektor Dr. Thiel mit nachstehenden Worten:

„Es ist freilich ein trauriger Zustand, wenn eine so kerndeutsche Provinz, wie Westfalen, von polnischen Elementen durchseucht wird.“

Der Ministerialdirektor Dr. Thiel aus Berlin scheint den Sekretär des „Gewerkvereins“, Herrn Hueskes, um seine Lorbeeren zu beneiden.

Wir würden dem Ministerialdirektor Thiel zu viel Ehre erweisen, wenn wir uns über seine Ausführungen entrüsten wollten. Es ist doch sogar dem Hunde erlaubt, ein Gottesmarterl anzubellen, wie das polnische Sprichwort sagt, es steht jedem Menschen frei, zu reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, wie Fürst Bülow, der ehemalige Vorgesetzte des Herrn Thiel, gesagt hat. Deshalb sollte also ein so hochgestellter Beamter, wie Herr Thiel, nicht das sagen, was ihm in diesem Augenblick zu sagen beliebte?

Aber auch uns und allen anständigen Menschen steht es frei, unsere Ansicht zu haben über diese preussische

Kultur, welche Menschen, die mit verschiedenen Titeln geschmückt sind, gebietet, sich auf diese Art auszudrücken und auf diese Art über Schwächere mit so elenden Schimpfsworten herzufallen.

Aus Nr. 43 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 22. Februar 1911:

Jahresbericht des polnisch-katholischen Vereins „Sobieski“.

Schon wieder ist ein Jahr, das 20. seit der Gründung unseres Vereins, verflossen. Unsere Sorge war, durch Vorträge und Gefänge unsere Mitglieder zu guten Polen zu erziehen. Unser Verein zählte am Anfang des Jahres 1910 83 Mitglieder, im Laufe des Jahres kamen 18 hinzu, 6 verzogen, 11 wurden wegen Nichtzahlung der Beiträge gestrichen, 2 sind gestorben. Auf das Jahr 1911 gehen also 78 Mitglieder über. Im Laufe des Jahres ging unser Verein zweimal zur Beichte und empfing die heilige Kommunion. Es wurden vier Vergnügen, darunter ein Stiftungsfest, veranstaltet. Wir hatten 30 Versammlungen, darunter 9 Vorstandssitzungen und 2 außerordentliche Versammlungen abgehalten. Auch zwei Ausflüge, darunter ein Dampferausflug wurden unternommen. Am Sonntag vor Weihnachten veranstaltete der Verein eine Bescherung, bei welcher 142 Kinder mit verschiedenen Geschenken bedacht wurden. Die Gesamteinnahme beträgt 1021,02 Mark, die Ausgabe 598,82 Mark. Auf das folgende Jahr gehen 422,74 Mark über. Der Verein besitzt eine eigene Bibliothek und eine Fahne. Von den Zeitungen werden vom Verein abonniert „Dziennik Berlinski“, „Lech“, „Gazeta Ostrowska“ und „Gornoslonska“. Unser Verein gehört dem Verbands der polnisch-katholischen Arbeitervereine in Deutschland an. In den Vorstand sind folgende Herren gewählt worden: Fr. Banasiak als Vorsitzender, M. Stetkiel als Schatzmeister, A. Lewandowski als Schriftführer, Jg. Krawczyk als Spielleiter, B. Nowak als Bibliothekar, M. Rucz und A. Tziel als Beisitzer, B. Kruczkowski als Fahnenenträger, E. Szelej und W. Tomkowiak als Fahnenjunger, J. Dysnowski als Armenrat, M. Ryba und A. Gole als Revisoren. — Die Sitzungen finden jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats im Lokal „Blauer Himmel“, Kurstr. 58 statt.

Andreas Lewandowski,
Schriftführer.

Aus Nr. 4 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Februar 1911:

Berlin.

In der am 5. Januar d. J. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins junger Kaufleute wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Borowicz, Vorsitzender,
Kasprzak, Stellvertreter,
Auslinsk, Schriftführer,
S. Kaczmarek, Stellvertreter,
Donat, Kassierer,
Zakubowski, Bibliothekar.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 76 der Slowo Polskie (Lemberg)
vom 15. Februar 1911:

Höhere Kultur.

Vierzig Jahre lang arbeitete die deutsche Regierung mit großer Sorgfalt und Konsequenz an der Germanisation von Elsaß-Lothringen und nützte emsig alle Umstände aus, die der Schwächung des dortigen französischen Elements dienten. Im Laufe dieser Jahre hat sich vieles in diesem, den Franzosen abgenommenen Landesteil verändert. Eine Massenemigration der Jugend nach Frankreich schwächte bedeutend die autochthone französische Bevölkerung und verstärkte infolge einer künstlich unterstützten Einwanderung aus allen Teilen des Kaiserreichs die Zahl der Deutschen. Das alte Geschlecht, welches Zeuge war der Größe und Ehre des napoleonischen Frankreichs und tätigen Anteil im Kampfe mit dem deutschen Feinde nahm und mit U b e r m a c h t an den fremden, verhassten staatlichen Organismus angegliedert wurde, ist ausgestorben. Es ist ein neues in der Sklaverei geborenes, in der deutschen Schule und Armee dressiertes, in der Atmosphäre des deutschen Geisteslebens, der deutschen Kultur, Wissenschaft, Literatur und Kunst erzogenes Geschlecht aufgewachsen, welches dann gewöhnt wurde, die deutsche industrielle und kommerzielle Entwicklung, die deutsche Ordnung, die deutsche soziale Organisation mit den französischen Verhältnissen zu vergleichen, welche ihm als Stillstand, Unordnung und soziales Chaos dargestellt wurden.

Die Volkszählungen bekundeten offensichtlich den ständigen Rückgang von Personen, die die französische Sprache gebrauchten; unter dem Druck der deutschen Faust kam die französische nationale Bewegung zum Stillstand: es schien, als ob das Werk der moralischen und nationalen Unterjochung der durch das Schwert eroberten Provinzen schon seinem Ende entgegenginge, als ob die Mehrzahl der Bevölkerung, soweit sie noch nicht geistig mit dem deutschen Volke verwachsen war, sich mit der vollbrachten Tatsache ausgeföhnt habe und gewillt wäre, aus dieser Tatsache die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Unter solchen Verhältnissen hat es die Berliner Regierung für angezeigt erachtet, an die endliche Regulierung der rechtlich-politischen Verhältnisse des Landes heranzutreten, und zwar nicht so sehr mit Rücksicht auf die Wünsche des Volkes, welches schon seit langem die Möglichkeit einer selbständigen Regulierung seiner Angelegenheiten verlangt, sondern vielmehr aus Aufmerksamkeit gegen Frankreich, das, an der Möglichkeit der Wiedergewinnung der im Jahre 1871 verlorenen Provinzen verzweifelnd, im Hinblick auf die Zukunft schon damit zufrieden ist, wenn die Provinzen in den Grenzen des Deutschen Reiches die Bürgerschaft ihrer Besonderheit in Gestalt der Autonomie erhalten, die die deutschen Bundesstaaten besitzen.

Angeichts dieser bescheidenen Wünsche wollte die Regierung Kaiser Wilhelms ihren guten Willen zeigen und Elsaß-Lothringen eine in entsprechender Weise zugechnittene Autonomie verleihen, umso mehr, als sie nicht annahm, daß dieser Schritt irgendwelche Schwierigkeiten politischer Natur nach sich ziehen könnte. Die Regierung war der Resultate der vierzigjährigen Germanisationsaktion, der Assimilationskraft der deutschen Kultur und der Macht des Eindrucks der mächtigen deutschen Entwicklung auf die junge Generation sicher. Sie gab sich zwar in betreff der Gesinnung der älteren Generation der französischen autochthonen Bevölkerung keinen Illusionen hin, schätzte jedoch ihre Kräfte und

politischen Einflüsse nicht allzu hoch ein und blickte mit großem Vertrauen auf die in deutschen Traditionen und preußischer Zucht erzogene Jugend. Sie sah in ihr ein schon assimiliertes Element, welches zwar nicht mit dem deutschen Nationalgefühl, wohl aber mit der deutschen Kultur durchtränkt und mit dem deutschen Volke durch die Gemeinsamkeit der Weltanschauung, der Lebensauffassung und seiner Äußerungen durch Gewöhnung und Geschmack auf dem Gebiete der Kunst und Literatur, schließlich durch das materielle Interesse, welches für die einen durch die große Entwicklung der Industrie, für die andern durch die deutsche soziale Geseßgebung angezeigt erschien, verbunden ist.

Auf dieses junge Element wollte sich die Regierung stützen auch aus dem Grunde: indem sie mit großer Energie die demokratischen Strömungen in Preußen und Deutschland bekämpft, tritt sie gleichzeitig mit dem Projekt eines demokratischen Wahlgeseßes für Elsaß und Lothringen auf und fordert für diesen Landesteil das allgemeine, wenn auch nicht gleiche Wahlrecht. Die Rücksicht auf die Zukunft im Verein mit den konservativen Bestrebungen hat es ihr für geboten erachtet, gewisse Privilegien vorzubehalten, allerdings nicht den Ständen, sondern dem Alter, indem sie den älteren Bürgern 2, ja 3 Stimmen zuerkannte. In der Gegenwart, wo die sich nach Frankreich umschauende Generation vielleicht ihre Einflüsse im antideutschen Sinne auszunutzen bestrebt wäre, wird die entscheidende Stimme, welche in allen Angelegenheiten der Kaiserlichen Regierung zuerkannt ist, die Durchführung von unwillkommenen Beschlüssen vorbeugen; in Zukunft dagegen werden die dem Alter zuerkannten Privilegien ein Hemmschuh für die radikalen und zu plötzlichen und tiefen Umwandlungen fähige Jugend bilden.

In diesen Berechnungen hat sich die deutsche Regierung vollständig getäuscht. Es genügte die Änderung der politischen Verhältnisse und die Möglichkeit der Stimmergreifung in der Angelegenheit ihrer Umgestaltung, um die bisher zwar nicht verborgene aber auch nicht manifestierende wirkliche Gesinnung und die Wünsche der breiten Massen des Volkes klar ans Tageslicht treten zu lassen.

Es zeigte sich, daß die von Berlin geschenkte Autonomie, welche dem Lande einzig und allein die Möglichkeit einer schnelleren industriellen und sozialen, aber nicht politischen Entwicklung zusicherte, außer der handvoll importierter Germanisatoren in Elsaß-Lothringen, niemand will, daß alle über die mehr oder minder großen materiellen Vorteile die Selbstständigkeit wünschen, welche es ihnen gestatten würde, die politische Eigenheit und den nationalen und kulturellen Charakter des Landes zu bewahren. Und es zeigte sich gleichzeitig, daß weder zwischen der alten und der neuen Generation, noch unter den französisch sprechenden Lothringern und den die deutsche Sprache gebrauchenden Elsässern grundsätzliche politische Unterschiede bestehen, daß alle von dem einen Wunsch belebt sind: das zu erhalten, was ihnen von der Vergangenheit übriggeblieben ist, die geschichtlichen Traditionen, ihre Liebe zum verlorenen Vaterlande und seiner Kultur; und das ist nicht die deutsche, sondern die französische Kultur. Also nicht nur von der französischen Seite, sondern auch seitens des die deutsche Sprache sprechenden Volkes erfolgten antideutsche Manifestationen, und der Landesauschuß hat mit allen Stimmen gegen eine, eine Resolution gefaßt, welche gegen das Projekt einer Autonomie, welche der Eigenart des Landes keine politische Garantie böte, protestierte trotz des Bewußtseins, daß der Beschluß einer solchen Resolution die Regulierung der rechtspolitischen Verhältnisse des Landes auf lange Zeit hinauschiebt.

Das Vertrauen der Berliner Regierung an die assimilatorische Macht der deutschen Kultur hat sich als Illusion entpuppt, als dieselbe Illusion, welche Jahrzehnte lang in den polnischen Landesteilen des preußischen Anteils herrschte. Als ein Faktor in den Bestrebungen, die Seele eines fremden Volkes zu erobern, hat diese Kultur völlig versagt. In Elsaß-Lothringen war das angesichts der festwurzelnden Theorie von der assimilatorischen Kraft der höheren Kultur wohl vorzusehen. Die in Großpolen gemachten Erfahrungen könnten wohl Zweifel an der Richtigkeit dieser Theorie, die durch zahlreiche Erfahrungen doch gestützt ist, erwecken. Es wird aber treffender sein, anderswo die Erklärung dieses scheinbaren Widerspruchs zu suchen.

Wir stehen vor der Tatsache, daß deutsche Kultur bei der Begegnung mit der Kultur anderer Völker keinen Sieg davonträgt, ohne Rücksicht darauf, ob diese Völker auf einer höheren oder niedrigeren Stufe der zivilisatorischen Entwicklung stehen als das deutsche Volk. Und diese Tatsache läßt den Schluß zu, daß mit der Höhe der äußerlichen Zivilisation sich nicht notwendigerweise ein hohes Niveau der geistigen Kultur verbindet. Ein Volk, welches auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Errungenschaften und der allseitigen technischen Entwicklung allen andern vorangeht — und das tun doch die Deutschen nach ihrer eigenen Behauptung —, kann hinsichtlich der geistigen Kultur auf dem Niveau eines Barbaras stehen und ist daher beim Zusammenstoß mit einer stärkeren, gesünderen nationalen Kultur eines fremden, aber auf niedrigerer Entwicklungsstufe stehenden Volkes angesichts dessen moralischer Überlegenheit machtlos.

Zu territorialen Eroberungen genügt die Übermacht der brutalen Kraft, die Überlegenheit der Kriegsbereitschaft und eine bessere Auswahl der materiellen Mittel; moralische Eroberungen kann nur eine höhere moralische Kultur, welche fähig ist, sogar Unwillige vor ihren Wagen zu spannen, machen. Daher hat auch das Christentum, trotz seiner ursprünglichen materiellen Kraftlosigkeit, im Laufe von einigen Jahrhunderten die ganze damalige zivilisierte Welt erobert; daher überzog die degenerierte römische Kultur die Völker, mit denen sie zusammenstieß, nur mit einer dünnen Schicht zivilisatorischen Firnisses, um nach dem Sturz des römischen Imperiums ganz in Barbarei zu versinken, daher auch sind die in materieller, technischer und militärischer Hinsicht so mächtigen Deutschen für materiell schwächere, aber die Deutschen mit dem Niveau ihrer moralischen Kultur überragende Völker so wenig gefährlich.

Darin liegt für die materiell Schwachen ein Trost, aber gleichzeitig auch der Ansporn zur Anspannung aller Kräfte bei der Arbeit in der Eroberung der Waffe, die den sichersten Schutz vor der brutalen Übermacht, die sicherste Handhabe in der Erhaltung seiner Individualität und den endlichen Sieg im Kampfe um die Zukunft bedeutet.

Aus Nr. 23 des Dziennik Zwiazkowy Zgoda
(Chicago)

vom 28. Januar 1911:

Um die Bibliothek in Rapperswyl.

In den Spalten der europäischen Blätter findet zurzeit eine umfangreiche Diskussion über die Bibliothek in Rapperswyl statt. Die Bibliothek verfügt über eine reiche Bücher- und über noch reichere Archivsammlungen, die sich hauptsächlich auf die Zeit zwischen dem Aufstande des Jahres 1831 und dem Januaraufstande beziehen. Außerdem enthält die Rapperswyl'sche Bibliothek überaus wertvolle Dokumente, die den Aufstand selbst,

dessen Verlauf und die Zeiten nach Beendigung des Aufstandes betreffen. Es sind dies also außerordentlich wichtige historische Sammlungen, aus denen man mit vollen Händen alle diejenigen Tatsachen schöpfen kann, die die damalige Lage Polens, seine Beziehungen zu den angrenzenden Staaten und zu den übrigen Mächten Europas vortrefflich illustrieren. Ferner spiegeln sie einerseits den damals in der Nation herrschenden Geist, die Begeisterung und die Aufopferung der Nation wieder, andererseits aber auch das Fehlen des Glaubens an die eigene Kraft und das fortwährende Sichumschauen nach einer Intervention Europas.

Ein jeder wird zugeben, daß solche Schätze, von den Zentren der polnischen Kultur sehr weit entfernt liegend, von Gelehrten und Geschichtsforschern wenig aufgesucht, und um so schwerer zugänglich, als sich nicht eine jede auf diesem Gebiete tätige Person weite Reisen und längeren Aufenthalt im Auslande erlauben kann, an ihrem hohen Werte verlieren, da sie nicht in dem Maße ausgenutzt werden können, wie dies eigentlich der Fall sein müßte.

Es entstand daher der Gedanke, diese Archivsammlungen nach einem Zentrum des Polentums in Galizien zu überführen, wo die Polen eine ausgedehnte Selbstverwaltung besitzen, wo sie sicher sein können, daß die Sammlungen weder dem Appetit der Regierung zu Opfer fallen, noch der Konfiskation bzw. der Vernichtung unterliegen werden.

Bereits in der im August vorigen Jahres in Rapperswil stattgefundenen Zusammenkunft des Rates des Nationalmuseums, an der auch als Mitglieder des Rates der Präsident des polnischen Nationalbundes in Amerika M. B. Stenczynski und der Vizepräsident des Bundes R. S. Abczynski teilnahmen, wurde der Beschluß gefaßt, die Sammlungen zu überführen und sich zu diesem Zwecke mit Krakau und Lemberg ins Einvernehmen zu setzen. Es wurde eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, welche im Anschluß an die gepflogenen Unterhandlungen von beiden Städten Briefe erhielt, in welchen die Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht wurde, die Sammlungen in ihre Obhut zu nehmen.

Den unmittelbaren Anlaß zu dem vorstehenden Beschluß des Museumrates bildeten die finanziellen Schwierigkeiten, mit welchen der Vorstand der Bibliothek kämpfen mußte, wenn er in ihr nur einigermaßen Ordnung halten wollte. Mit dieser Arbeit waren zwei Personen beschäftigt, doch konnte man an eine richtige Zusammenstellung und Katalogierung der Sammlungen auch nicht einmal denken, da sich mit diesen Arbeiten nicht zwei, sondern mindestens zehn Personen hätten befassen müssen. Und trotzdem kostete die Verwaltung der Sammlungen jährlich 8000 Franken, für welche Summen keine Deckung vorhanden war.

Um die Situation zu retten, mußte aus dem eisernen Fonds des Museums und der Bibliothek ein Darlehn entnommen werden; solcher Darlehen sind bis jetzt 3 entnommen, was 24 000 Fr. ausmacht, in der Hoffnung, daß später irgendwelche Zuwendungen oder Gelder anderer Art zur Deckung dieses Defizits eingehen würden. Indessen sind bereits Jahre vergangen und die Aussichten für die Zukunft haben sich nicht gebessert.

Der Beschluß, in welchem man sich damit einverstanden erklärte, die Archivsammlungen nach einer galizischen Stadt überzuführen, war die Folge der unbedingten Notwendigkeit. Man erklärte sich aber für Lemberg, das heute die wahre Hauptstadt Polens ist, weil in ihm alle nationalen Gefühle und Bestrebungen am stärksten pulsieren.

Einer bedeutenden Zahl hervorragender Persönlichkeiten gefiel aber dieser Beschluß nicht. Sie be-

gannen daher in den Spalten der verschiedensten galizischen und anderer Blätter das Wort zu ergreifen und das Projekt der Überführung der Archivsammlungen nach Lemberg zu bekämpfen. Vollkommen begreiflich sind die Proteste der Krakauer Historiker, denen die Ausstattung der Stadt Lemberg mit so wichtigen Dokumenten anscheinend nicht behagte; doch nur schwer wird man sich z. B. mit den Einwendungen des Freiburger Universitätsprofessors Dr. Stanislaus Dobrzynski einverstanden erklären können, der betont, daß die polnische Jugend, die in den höheren Lehranstalten der Schweiz in einer Anzahl von 700 Personen studiert, durch die Fortschaffung der Rapperswiler Bibliothek einen unberechenbaren Schaden erleiden würde, da die Seminararbeit in der polnischen Geschichte und Literatur ohne diese Bibliothek sehr erschwert sein würde.

Nun ist es aber Tatsache, daß von den 700 in der Schweiz studierenden polnischen Jünglingen nicht einmal der hundertste Teil die Büchersammlungen benutzt, da nur wenige polnische Studenten öfter nach Rapperswil gekommen sind und sich für die hier aufgespeicherten historischen Schätze ehrlich interessiert haben. Außerdem ist das Ordnen und richtige Katalogisieren der Sammlungen mit ungeheuren Kosten verknüpft und die Fonds hierfür können nur Masseninstitutionen, wie z. B. Städte, aufbringen, die sich den Schutz aller historischen Denkwürdigkeiten, der Kunst und Sammlungen jeder Art zur Aufgabe gemacht haben. In der Reihe dieser Städte steht an erster Stelle Lemberg und ihm gehören auch die Rapperswiler Sammlungen in ihrem ganzen Umfange.

Wir zweifeln auch nicht, daß die Unzufriedenen in kurzer Zeit wieder verstummen und selbst einsehen werden, daß es nicht richtig ist, für die Belassung der Sammlungen in Rapperswil, wo sie keinerlei Nutzen bringen, eine Lanze zu brechen. Die in der Schweiz studierende polnische Jugend dagegen kann, soviel es ihr beliebt, denjenigen großen Teil der Büchersammlung benutzen, der in Rapperswil verbleiben würde, da sich die Überführung der aus Werken späteren Datums bestehenden Büchersammlung nach Lemberg nicht lohnt, wo ähnliche Sammlungen weit reicher und verhältnismäßig zahlreich sind. Die Seminararbeit der polnischen Jugend in der polnischen Geschichte und Literatur würde also keinen Schaden erleiden, im Austausch dafür würden sich aber im Herzen Polens den historischen Forschungen unschätzbare Schätze öffnen, die ans Tageslicht zu schaffen, vor allem eine nationale Pflicht ist.

Aus Nr. 96 des Deutschen Volksblattes für Galizien
vom 17. Februar 1911:

Die Zimmermanniade.

Zur Charakteristik polnischer Universitätsverhältnisse.

Weit über die galizischen Grenzen hinaus haben die Krakauer Universitätskravalle Echo gefunden. Die freitheitlich gesinnte Studentenschaft nicht nur der beiden polnischen Universitäten in Lemberg und Krakau, sondern auch der deutschen Hochschulen in Wien, Prag, Graz und Brünn nahm gegen die Verflektifizierung der Wissenschaft Stellung. Unwillkürlich ist man aber in diesen Tagen an die Wahrundassäre erinnert worden und da fiel ein charakteristischer Zug auf. Als damals die polnische Studentenschaft von der deutschfreitheitlichen aufgefordert wurde, sich dem allgemeinen Streit anzuschließen, verweigerte die Krakauer Studenten-

schaft jedweden Anschluß, während es in Lemberg nur zu einer schriftlichen Sympathieumgebung der Freiheitlichen kam. Es hieß damals vielfach, die Wahrheitsgeschichte sei eine innere, nationale Angelegenheit der deutschen Universitäten. Die deutsche Studentenschaft bewies nun abermals, daß sie bei grundsätzlichen Fragen, die die Unantastbarkeit der vorurteilslosen Wissenschaft betreffen, sich über alle Zufälligkeiten hinwegzusetzen versteht, und nicht erst fragt, ob es eine deutsche oder nichtdeutsche Angelegenheit ist.

Vielen Lesern wird wohl jener polnische „Gelehrte“, dem, oder gegen den der Kampf gilt, überhaupt sogar dem Namen nach eine unbekannte Größe sein. Vergebens wird man auch in einem Lexikon den Namen dieses „Gelehrten“ suchen, der so urplötzlich vom Pfarrer zum Universitätsprofessor befördert wurde. Es bewahrt sich das Wort: es ist nichts schwerer, aber auch nichts leichter, als Universitätsprofessor zu werden. Um Professor an einer deutschen Universität zu werden, dazu gehört schon etwas. Die deutsche Gelehrtenwelt ist reich an Männern, die in diesem oder jenem Wissenszweige Leuchten sind und sich durch ihre wissenschaftlichen Arbeiten einen Ruf erworben haben. Gerade wegen dieses Überflusses an geeigneten Männern ist es so überaus schwer, trotz der zahlreichen und wissenschaftlich reich ausgestatteten deutschen Universitäten in Österreich und Deutschland, eine Katheder zu erreichen, und es ist bei der Besetzung einer solchen nur die wissenschaftliche Bedeutung des Bewerbers ausschlaggebend. Dagegen scheint es gerade nicht allzu schwer zu sein, Professor an einer polnischen Universität zu werden. Schuld daran ist das im Verhältnis zum Deutschen niedrige Niveau der Geisteswissenschaft bei den Polen, der Mangel an wirklich geschulten Männern der Wissenschaft, und der Ultramontanismus, der das geistige Leben der Polen noch für lange Zeit in Fesseln geschlagen hat. Universitätsprofessor kann gewöhnlich nur der werden, der der herrschenden klerikal-konservativen Partei unter der Professorenschaft zu Gesichte steht. Es kamen gerade in der jüngsten Zeit Fälle vor, wo wirklich tüchtige Kräfte deshalb zur Universität nicht zugelassen wurden, weil man sie als freitlich angehauchte Geister kannte. Diese Zustände an den Universitäten erklären zur Genüge die Berufung des Pfarrers Dr. Zimmermann zum Professor der Soziologie, wie auch die Stellungnahme der freitlichen Studentenschaft. Wer ist Professor Zimmermann? Welchem wissenschaftlichen Rufe verdankte er die Professur? Er stammt aus Posen. Nach seinem Namen zu schließen, ist er ein polonisierte Deutscher. Wie das Slowo polskie am 6. I. M. berichtete, war sein Vorne ein Freund und Gesinnungsgenosse des berühmten Humanisten Erasmus von Rotterdam, des Verfassers der „Dunkelmännerbriefe“. Jener Zimmermann ist unter dem Namen Tektander (griechisch Zimmermann) bekannt. Die Zeiten ändern sich. Der heutige Zimmermann ist selbst ein Dunkelmann. Professor Zimmermann hat nun seinen wissenschaftlichen Ruf durch ein Werk begründet, das sehr anrühlig ist. Wenigstens hat es mit der Wissenschaft überhaupt und Soziologie insbesondere nichts gemein. Unter dem Pseudonym „Tektander“ (s. oben) erschien vor einigen Monaten in der polnischen St. Adalbertdruckerei zu Posen aus seiner Feder eine Broschüre „Moja pani“ (Meine Haushälterin.) Beiträge zur Psychologie der Haushälterinnen bei polnischen Geistlichen.“ Wenige Tage nach dem Erscheinen des Buches hat der Verfasser die ganze Auflage aus dem Buchhandel zurückgezogen, und so mögen wohl nur wenige Stücke dieses interessanten Büchleins ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben. Mit Rücksicht auf das Deutschtum möchte man das Verschwinden der eigenartigen Broschüre fast bedauern;

denn kein Schriftstück kann die sinnlosen Verheerungen polnischer Fanatiker besser veranschaulichen, als das satyrische Werk Tektanders. Einige Proben mögen dies hier kurz beweisen.

Auf Seite 63 erzählt der Verfasser die Leidensgeschichte eines der Germanisation anheimgefallenen Hundes. Am meisten imponierte ihm an dem Hunde, daß der deutsch verstand, „obwohl er doch niemals in seinem Leben diese Sprache gelernt hatte“. Dann heißt es weiter: „Offenbar hat Graf B. recht, wenn er behauptet, daß alle Hunde deutsch verstehen. Ich freute mich sehr über die Bildung und Gelehrigkeit des Tieres, und als der Magistrat (Abteilung für Hunde) mir ein Formular zum Ausfüllen zustellte, schrieb ich stolz unter die Rubrik „Besondere Kennzeichen“: „Ein sehr intelligenter Hund, der beide Landessprachen versteht“. In diesem Jahre hatte ich Bedenken die gleiche Bemerkung einzuschreiben, aus Furcht, daß man dies sonst von allen Hunden verlangen und sie insofgedessen ebenso quälen möge, wie unsere Kinder“. Nach einiger Zeit kommt der Hund in andere Hände und hört — man denke sich! — nicht mehr auf seinen guten polnischen Namen Syne, sondern nur noch jetzt auf die deutsche Aussprache Sine. Und der Ehrendomherr und jetzige Krafauer Universitätsprofessor redet den Hund also an: „Siehst du nun, wie weit es mit dir gekommen ist? Du bist kein Lehrer und hast dennoch deinen Namen verdeutscht!“

Kann man sich eine gemeinere Verhöhnung des Deutschtums denken, als diese Hundegeschichte aus der Feder eines Priesters? Doch es kommt noch besser.

Auf Seite 100 und den folgenden Blättern erzählt der Verfasser, wie seine Haushälterin sich unter seiner Belehrung und seinem würdigen Beispiel allmählich zu einer unentwegten Verteidigerin des Polentums entwickelt, wie er ihr nach und nach den national-polnischen Chauvinismus eingeimpft hat. Wenn ein deutscher Bettler um ein Almosen bat, wies ihn der Verkünder der christlichen Nächstenliebe mit den barischen Worten ab, daß die Deutschen von ihrer Regierung ausreichend unterstützt werden. Die einfache Haushälterin schüttelte dazu anfangs den Kopf; eine solche Lieblosigkeit und Hartherzigkeit war ihr unbegreiflich. „Die Deutschen helfen doch auch den Polen; warum soll ich einem armen Deutschen auf der Wanderschaft nicht auch eine milde Gabe reichen?“ sagte sie. Mit Bedauern sah der Ehrendomherr, daß seine Haushälterin noch lange nicht den nationalen Chauvinismus besaß; sie befolgte zwar bei ihren Einkäufen den Grundsatz „Der Pole zum Polen“, aber das war auch alles. Erst die Deutschen haben sie dann in die richtige Schule genommen und zwar bei Gelegenheit des Breschener Schulstreiks: Da kam über die vorher so harmlose Seele plötzlich die Erleuchtung, und als eines Tages der Telegraph die Kunde von der Ermordung des Königs Carlos von Portugal auch in das einsame Haus des Ehrendomherrn trug, da brach die Haushälterin in die Worte aus: „Ja, so mußte man auch mit diesem Bülow aufräumen!“

Hier haben wir ein typisches Beispiel, wie das polnische Volk in Deutschland von gewissenlosen Seelsorgern verhezt, wie die Saat des Hasses in sein Herz gestreut wird von denen, deren Beruf es wäre, Liebe und christliche Duldsamkeit zu predigen, und wie die Religion in den Dienst der polnischen Aufwiegelung gestellt wird.

Also ein widerliches Pamphlet gegen das Deutschtum. Bei diesem einen „wissenschaftlichen“ Versuch blieb es, er genügte aber, um Zimmermann, der auch Korrespondent der kölnischen Volkszeitung in polnischen Angelegenheiten ist, an die Universität Krafau für die soziologische Lehrkanzel zu berufen. Sapienti sat. Teut.

Es geht schon los.

Daß Herr Glombinski, als er das Eisenbahnministerium übernahm, vor allem daran gedacht hat, die Polonisierung der nordöstlichen Linien der k. k. Staatsbahn mit Hochdruck zu betreiben, darüber wird wohl kein halbwegs mit den politischen Verhältnissen Vertrauter auch nur einen Augenblick im Zweifel sein können. Von seinem Standpunkt aus kann er ja auch gar nicht anders. Für Glombinski ist Österreich nur Mittel zum Zweck. In früheren Jahren, als er noch Professor in Lemberg und lediglich allpolnischer Politiker war, soll er sogar einen Orden abgelehnt haben. Wenn man die Äußerungen der ihm nahe stehenden Presseorgane regelmäßig liest, so weiß man, daß der Angelpunkt, um den sich hier alles dreht, der Wiederaufbau Polens ist und da vorläufig den Polen zu diesem Zweck kein andere Mittel bleibt, so muß durch kluge, scheinbar staatsreue österreichische Politik, vorläufig so viel wie möglich für Galizien herausgewirtschaftet werden, um hier das Fundament zum künftigen neuen Polenstaat zu legen.

Der Hauptpunkt im Programme der Partei, aus welcher Herr Glombinski hervorgegangen ist, ist die Selbstregierung Galiziens unter polnischer Herrschaft auf demokratischer Grundlage. Wie diese Partei einerseits die Forderungen der Ruthenen nach nationaler Gleichberechtigung aufs schärfste bekämpft, so ist sie andererseits eine fanatische Gegnerin des österreichischen Zentralismus. Alles, was sich von diesem an kümmerlichen Resten noch erhalten hat, das muß so schnell wie möglich ausgerottet werden. Dazu gehört vor allem auch die deutsche Amtssprache bei den k. k. Staatsbahnen. Herr Glombinski hat freilich bisher über diese Absicht noch nichts verlauten lassen. Seine bisherigen Kundgebungen hielten sich streng auf allgemein sachlichem Gebiet, und klingen für die urteilslose Menge sehr verheißungsvoll. Die Eisenbahnen, sagt der Minister, sind ein kaufmännisches Institut und müssen daher nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltet werden. Die Beamten sollen dem Publikum gegenüber möglichst entgegenkommend sein, das viele überflüssige Schreibwerk soll aufhören, und statt dessen möglichst viel das Telephon benützt werden. Die einzelnen Direktionen sollen größere Bewegungsfreiheit erhalten, um schneller und sicherer arbeiten zu können.

Das sind in der Tat sehr vernünftige Grundsätze. Aber wie bei allen Grundsätzen, wird es auch hier auf die Durchführung ankommen. Würden diese Grundsätze richtig durchgeführt, dann müßte man sich sagen: in einem großen kaufmännischen Unternehmen ist vor allem Einheitlichkeit und Straffheit der Organisation vonnöten. In einem kaufmännischen Unternehmen muß selbstverständlich mit den Parteien in deren Sprache verhandelt werden, aber innerhalb des Unternehmens kann nur eine Sprache, in der alle Bücher und Verhandlungen geführt werden müssen, regieren.

Wir fürchten aber, daß Herr Glombinski diese Betätigung seines Grundsatzes nicht im Auge gehabt hat. Schon zeigen sich die ersten Anzeichen einer allpolnischen Agitation für die Einführung der polnischen Amtssprache auf den galizischen Bahnen. In Krakau hat eine Versammlung polnischer Eisenbahner eine dahingehende Petition an den Minister gerichtet. An anderen Orten werden solche Petitionen folgen; und der arme Minister wird angeichts dieses Sturmes sich schließlich gar nicht mehr zu helfen wissen und dann, dem allgemeinen Drängen nachgebend, die polnische Amtssprache im Verwaltungswege einführen müssen. Er weiß schon, wie es gemacht wird.

Wir möchten hier nur die Frage erheben, ob diejenigen, denen an der Einheitlichkeit des österreichischen Staates, an seiner Machtposition nach außen hin, an

seinem wirtschaftlichen Gedeihen gelegen ist, bei derartigen Experimenten wirklich immer weiter schweigend zusehen wollen?

Es ist eine ungeheure Kurzsichtigkeit, wenn die deutschen Politiker, durch immer neue Konzessionen an die Polen im Sinne der Autonomie Galiziens unter polnischer Herrschaft, vorübergehende und zweifelhafte Vorteile auf dem böhmischen Kampfplatz erkaufen wollen. Denn jede weitere Verstärkung der polnischen Autonomie in Galizien verstärkt auch die Machtposition der Polen in Wien, und ist ein weiterer Schritt zur Slawisierung des Staates. Darum möchten wir den Männern, die deutsche und österreichische Politik treiben, ein Caveant consules (Konjulen seid auf der Hut!) zurufen. Minister Glombinski ist ein kluger hochbegabter Mann, und die Polen haben einen Grund, mit ihm zufrieden zu sein. Wem aber die dauernde Machtposition unserer Monarchie, und die historische Stellung des Deutschtums in ihr am Herzen liegt, der wird gut tun, sich klar zu machen, daß Herrn Glombinskis Ziele nicht in dieser Richtung liegen.

Aus Deutschgalizien.

Lemberg.

Fälschung der Volkszählbogen durch polnische Kommissäre.

Einen schlagenden Beweis dafür, wie von den polnischen Volkszählungskommissären selbst die Zählbogen zugunsten des Polentums eigenmächtig umgearbeitet werden, liefert folgender Fall: In Lemberg wohnen am Ringplatz zwei deutsche Frauen M., Schwestern eines berühmten Malers und Professors an der Krakauer Akademie der bildenden Künste, eines guten Deutschen, den aber die Polen ebenso zu den ihrigen zählen, wie sie es mit dem Nürnberger Reit Stoß tun. Es ist nämlich bequem, sich mit fremden Federn zu schmücken. — Die beiden Frauen nun trugen im Zählbogen in die Rubrik „Umgangssprache“ deutsch ein. Was tut aber der polnische Kommissar bei der Revision? Gegen den Willen der Frauen ändert er das Wörtchen „deutsch“ in „polnisch“ um! Ganz natürlich! Die Herren Polen finden es nämlich ganz unbegreiflich, daß es auch in Galizien deutsche Maler, Dichter usw. gäbe. Diesen muß sofort der Stempel des Polentums aufgedrückt werden, ivenigstens äußerlich und sei es gegen ihren Willen, wie im obigen Fall. Man kann schon heute kühn behaupten, daß auf die diesmalige Volkszählung in Galizien bei dem Terrorismus der Polen nicht einmal annähernd ein wahrheitsgetreues Bild über die tatsächlichen völkischen Verhältnisse des Landes geben wird. Denn welch ein Unfug wurde wohl in den deutschen Gemeinden getrieben? Was nützt es, daß wir uns zu unserem Deutschtum bekennen, wenn dann hinterher die Zählbogen gefälscht werden? Wer erfährt das?

Wie frech sich ein polnischer Zählkommissar benehmen kann, ersieht man aus folgender Begebenheit, die uns ein Volksgenosse in Lemberg folgendermaßen schildert:

Am 9. Januar erschien ein sich anfangs höflich gebärdender Zählkommissar und bat um Auskunft bezüglich des von mir ausgefüllten Zählbogens. Da er nichts deutsch verstand und, wie gesagt, sehr höflich tat, sprach auch ich zu ihm polnisch. Es verlief alles gut, bis auf einmal der Herr Kommissar in ironischer Weise die Bemerkung äußerte, warum ich den Zählbogen deutsch ausgefüllt hätte, da ich doch so gut polnisch spreche? Nun gewahrte ich, daß seine Höflichkeit geheuchelt sei und er die bisher versteckte Frechheit hervorkehre. Als ich ihm bedeutete, daß dies eine Sache sei, verlangte der saubere Herr, ich solle mein ruthenisches

Dienstmädchen anstatt als Ruthenin, wie ich es wahrheitsgemäß tat, als Polin eintragen. Nun war aber auch meine bisher bewahrte Geduld zu Ende und ich wies diese Anmaßung energisch zurück. Als er dann noch forderte, das Dienstmädchen selbst rufen zu lassen, wies ich ihm einfach die Tür. Vor Wut schneidend rief er mir beim Hinausgehen die Worte zu: „Glauben Sie, daß Sie in Sachsen sind?“ — Der gute Mann ist nämlich wie üblich, der Überzeugung, daß wir im Königreiche Polen und nicht in Österreich leben, weshalb es ihm unglaublich erscheint, man könnte in Galizien etwas anderes als ein Pole sein.

Aus Nr. 96 des Deutschen Volksblattes für Galizien vom 17. Februar 1911:

Zur Volkszählung.

K r a k a u.

Wie polnische Blätter melden, wird von den Zählkommissären einmütig festgestellt, daß die Juden, die früher polnisch als Umgangssprache anzugeben pflegten, jetzt infolge des polnischen Terrorismus deutsch angegeben haben. Weiter wird festgestellt, daß der Zuzug von Deutschen nach Krakau zunimmt und zwar infolge Gründung verschiedener gewerblicher Unternehmungen, an denen fast ausschließlich Deutsche angestellt werden. — Diese Nachricht ist für uns sehr erfreulich. Andererseits muß hier wieder darauf hingewiesen werden, daß die Polen den Deutschen wohl zu schätzen wissen, wenn sie ihn brauchen, ja sie können ohne den deutschen Geist und die deutsche Arbeitskraft überhaupt nicht auskommen. Ansonsten ist aber bei ihnen der Deutsche der „Prusak“ (Preuße), der „Sakatyta“ (Sakatist) und die „Zmija“ (Schlange).

N e u - S a n d e z.

Polnische Verbohrtheit.

In Alt-Sandez, einem kleinen Städtchen bei Neu-Sandez, ist eine polnische k. k. Lehrerbildungsanstalt, wie es deren in Galizien ja mehr als genug gibt. Die evangelischen Zöglinge dieser Anstalt unterziehen sich zu Semesterschluß bei dem evangelischen Pfarrer in Neu-Sandez einer Prüfung aus Religion. Auch heuer kam der Semesterschluß und mit ihm die Prüfung eines Alt-Sandezer Lehrerzöglings. Der Herr Pfarrer stellte seinem Prüfling ein Zeugnis aus: wie wohl selbstverständlich, in deutscher Sprache. — Siehe da! Drei Tage darnach kam das Zeugnis mit einem Begleitschreiben in die evangelische Pfarrkanzlei zurück. Der Herr Seminardirektor meint, er könne dies Zeugnis

nicht annehmen, der Herr Pfarrer möge ihm dasselbe in polnischer Übersetzung schicken.

Man kann sich nun dreierlei Vorstellungen von unserem Herrn Direktor machen: 1. er kann nicht so viel deutsch, daß er das Zeugnis liest und versteht; 2. er versteht deutsch, denkt sich aber: „Was gehen mich die österreichischen Gesetze an? Ich bin doch im heiligen Königreiche Polen!“ 3. er kann nicht deutsch, kennt aber auch das österreichische Gesetz nicht genügend. Das Letzte dürfte wohl das Richtige sein. Jedenfalls ist das aber einer der vielen Fälle polnischer Verbohrtheit, gegen die selbst die Götter vergebens kämpfen.

Zum Schlusse möchte ich nur noch bemerken, daß das Zeugnis nicht übersetzt wurde, der Zögling aber doch eine Religionsnote erhielt. Dies ist wohl auf den energischen und belehrenden Brief des Herrn Pfarrers zurückzuführen. — Wie es doch in dem Kopfe eines solchen „Patrioten“ aussehen mag!

B e c k e r s d o r f, Bezirk Podhajce.

Die Volkszählung.

Die Volkszählung fand am 10. und 11. Hartungs statt, selbstverständlich in echt polnischer Weise. Obwohl Beckersdorf in Herrn Johann Huber, welcher Gemeindevorsteher ist und die dortige deutsche Raiffeisenkasse führt, einen geeigneten Zählkommissär vorschlug, wurden vom Bezirksauschuß ein polnischer Beamter und ein jüdischer Student nach Beckersdorf als Zählkommissär entsendet, die einfach alle Deutschen, welche sich nicht tüchtig für ihr deutsches Bekenntnis einsetzten, als Polen einschrieben. Selbst der Gemeindevorsteher — ein biederer, aber etwas ängstlicher Schwabe — wurde als Pole eingetragen. Ein deutscher Familienvater mußte mit dem Zählkommissär streiten, damit seine Kinder als Deutsche gezählt wurden. Trotzdem die Gemeinde rein deutsch ist, wurden nur polnische Zählbogen verwendet und die Kommissäre bedienten sich nur der polnischen Sprache, obwohl die Beckersdorfer deutsch antworteten. — Die Schuld an solchen Ungerechtigkeiten trifft auch besonders den dortigen Gemeindevorsteher, der, wie gesagt, viel zu lau und ängstlich ist, um das Recht der Deutschen zu verteidigen. — Die Gemeinde hätte nach dem Gesetze weder die polnischen Zählkommissäre noch die polnischen Zählbogen annehmen brauchen. In Beckersdorf wohnen 86 deutsche Sippen mit 600 Seelen, deren Umgangssprache die deutsche ist und im benachbarten ruthenischen Dorf Nowosiolka wohnen über 200 Deutsche, wir sind nun neugierig, wieviele Polen aus diesen biedereren Schwaben bei der amtlichen Volkszählung gemacht worden sind. Im Jahre 1900 wurden sie gar nicht gefragt und alle 800 als Polen eingeschrieben.

